

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

132 (9.6.1908)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ergebnisse täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einpaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Letzte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Siegler in Karlsruhe.

### Mit einer Niederlage der Regierung

fand die Debatte über das Eisenbahnbetriebsbudget ihren Abschluß. Herr Fröhlich hatte in seinem Schlußwort zu dem Antrag auf Kündigung der Tarifreform und Einführung des Schnellzugtarifs noch einmal gründlich mit der Regierung sowohl als mit den Vertretern der Salzhöhe und Inkonsequenz abgerechnet. Es war eine der erfrischendsten Reden dieser achtstägigen, mitunter sehr langweiligen Debatte. Herr Wildens konnte demgegenüber nur ein Klagesied über den Ton der Fröhlich'schen Rede anstimmen, sachlich zu widerlegen war eben diese Rede nicht, dafür sollte der Schluß der Sitzung den schlafendsten Beweis erbringen.

Die Spezialdebatte — so glaubte man allgemein — wird ruhig und kurz verlaufen. Zunächst schien es auch so. Abg. Weichold brachte einige Beschwerden der Arbeiter vor, welche die Main-Neckarbahn betreffen müssen und gezwungen werden, mit Billetten 3. Klasse 4. Klasse zu fahren, oder bis zum nächsten Zug zu warten. Die Weichold'sche Rede machte auf der Regierungsbank — wie so manche andere Rede der letzten Tage — erschütternd keinen Eindruck. Schon wollte der Präsident weiterfahren, da erbat sich Abg. Fröhlich das Wort. Und nun folgte eine dramatische Szene der andern und das ganze Haus lauschte in atemloser Spannung den Reden. Herr Fröhlich forderte kategorisch eine Antwort der Regierung auf die Weichold'schen Beschwerden und erinnerte an das von Minister v. Marschall auf dem letzten Landtag abgegebene ausdrückliche Versprechen, daß kein badischer Bürger, der ein Billet 3. Klasse gekauft hat, gezwungen wird, 4. Klasse zu fahren.

Eine ganze Woche hindurch lächelten die Herren auf den Regierungsbänken, wenn von dem Einfluß Preußens auf die badische Eisenbahnverwaltung die Rede war und auch die Vertreter der beiden großen Parteien glaubten diese Behauptung mit Redensarten abtun zu können. Und nun auf einmal wurde der Beweis für diese Behauptung vom Minister der Eisenbahnen selbst erbracht. Herr v. Marschall schien wie vom Blitze getroffen, als Abg. Fröhlich ihn kategorisch aufforderte, nun endlich klipp und klar eine Antwort darüber zu geben, ob wir noch unsere Tarifhoheit besitzen. Vielleicht hat noch nie ein Parlament den Anblick eines so hilflosen von Beklemmungen geplagten Ministers gesehen, wie der badische Landtag am Samstag um die Mittagsstunde. Herr v. Marschall sah zuerst hilflos nach seinen Räten, um dann plötzlich aufzustehen und so etwas wie eine Regierungserklärung herzustellen. Die Arbeiter würden — so meinte der Herr Minister — seit Ende Mai vorigen Jahres nicht mehr gezwungen, einen Stuhlplatz vierter Klasse mit Billet 3. Klasse zu benutzen, vielmehr hätten sie jetzt Anspruch auf einen Sitzplatz in der vierten Klasse. Die Tatsache, daß Inhaber von Billetts 3. Klasse gezwungen werden, die 4. Klasse zu benutzen, stellte also der Minister nicht nur nicht in Abrede, sondern bestätigte sie ausdrücklich und dies im Gegensatz zu seiner bestimten Erklärung auf dem letzten Landtag, daß niemand auf der badischen Strecke der Main-Neckarbahn gezwungen werde, mit Billet 3. Klasse die 4. Klasse zu benutzen. Jedermann, der nicht mit Blindheit geschlagen ist oder an übertriebenen Optimismus leidet, mußte es von diesem Augenblick an klar sein, daß der badische Eisenbahnminister sich nicht stark genug fühlte, preußisch-junkerliche Annahmen gegenüber dem Landtag gegebenes Versprechen aufrecht zu erhalten.

Die Abgg. Fröhlich, Kolb und Dr. Frank stellten diese Tatsache alsbald fest. Auf den Bänken der beiden großen Parteien sah man auf den Gesichtern die Verblüffung, welche die Rede des Ministers hervorgerufen hatte. Sowohl Herr Obkircher als Herr Wildens mußten zugeben, daß die jetzige Erklärung des Ministers in striktem Widerspruch zu der auf dem letzten Landtag abgegebenen steht. Herr Obkircher meinte nur, es handle sich hier nur um eine Einzelfrage, die keinen Anlaß biete, dem Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten auf Kündigung des Tarifvertrages zuzustimmen. Das Zentrum und die Nationalliberalen geben sich aber einer großen Selbsttäuschung hin, wenn sie diese Auf-

fassung des Herrn Obkircher teilen. Hier stand das ganze Prinzip der Streitfragen auf der Tagesordnung, die seit Jahren Gegenstand der Erörterungen bilden. Hat man doch nicht nur auf der Main-Neckarbahn unsere Tarifhoheit beiseite geschoben, sondern auch auf der ganz badischen Strecke Rastatt-Nöschwog, wo man ebenfalls Passagiere mit Billetts 3. Klasse zwang, die 4. Klasse zu benutzen. Der Minister entschuldigte sich damit, daß er davon nichts gewußt habe. Mit Recht hob Genosse Frank hervor, daß der Minister durch diese „Entschuldigung“ seine Amtsführung am schärfsten kritisierte. Begreift denn Herr v. Marschall nicht, welchen Eindruck es machen muß, wenn solche Eingriffe in die badische Tarifhoheit entgegen dem vom Minister der Volksvertretung feierlich gegebenen Versprechen auf unseren badischen Bahnen vorkommen, ohne daß er, der Minister, davon etwas erfährt? Ganz gewiß hat kein badischer Beamter sich die Freiheit herausgenommen, den Minister zu desavouieren und entgegen seiner klaren Erklärung im Landtage zu handeln. Eine solche Handlung eines badischen Beamten gegen den verantwortlichen Minister halten wir für völlig ausgeschlossen. Wer aber hat dann die Anordnungen ohne Wissen und Zustimmung des Ministers, daß Passagiere mit Billetts 3. Klasse 4. Klasse zu fahren gezwungen werden, erlassen? Darüber blieb der Minister die Antwort schuldig und das war das Bezeichnende bei der ganzen Debatte. Unseres Erachtens kann jetzt gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die badische Eisenbahnverwaltung, in erster Linie Herr von Marschall, sich nicht mehr stark genug fühlte, dem Drucke Preußens genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Zwar erklärte der Minister nachträglich, er wolle mit der preußischen und reichslandischen Eisenbahnverwaltung in Verbindung treten, um die Dinge in Ordnung zu bringen und die beiden großen Parteien gaben sich mit dieser Erklärung zufrieden. Allein gerade diese Erklärung war die vollendete Bankrotterklärung, denn sie befragt nichts mehr und nichts weniger, als daß bisher schon solche Verhandlungen stattgefunden haben, bei welchen aber Baden den Kürzeren gezogen hat. Wenn wir unsere Tarifhoheit noch besitzen, so bedarf es gar keiner Verhandlungen mehr, sondern nur eines Erlasses der Regierung, wonach bestimmt wird, daß die dem letzten Landtag durch den Minister gegebene Erklärung durchgeführt werden muß.

Auffallend war, daß der Minister von seinen Räten völlig im Stiche gelassen wurde. Weder der Generaldirektor, der doch wissen mußte, wer die Anordnungen erlassen hatte, noch der künftige Präsident des badischen Eisenbahndirektionsbezirks der preußischen Eisenbahnen, der jetzige Ministerialdirektor Schulz, der eigentliche spiritus rector des Eisenbahnministeriums, fühlten sich bemüht, dem in der Schlinge zappelnden Minister beizuspringen. Sechs volle Tage lang lächelten die Regierungsvertreter, wenn von dem preußischen Geist die Rede war, der in unserer badischen Eisenbahnverwaltung herrscht. Und nun auf einmal machten die Herren sehr lange Gesichter, auf welchen die Schatten der Bestürzung sich zeigten. Das geschickte Spiel der Vertuschungssystem war mit einem Male plötzlich in die Brüche gegangen, niemand konnte mehr daran zweifeln, daß der preußische Einfluß auf die badische Eisenbahnverwaltung eine unumstößliche Tatsache geworden ist. Wir sind gebunden an Händen und Füßen. Und was das Schlimmste ist, die Mehrheit der Volksvertretung hat den Mut verloren, dieser Tatsache ins Gesicht zu sehen. Die Nationalliberalen und das Zentrum täuschen sich und das badische Volk, wenn sie die jetzt offenkundige Wahrheit noch zu leugnen versuchen.

Nachdem der Antrag auf Kündigung der Tarifabmachungen von den Mehrheitsparteien zu Fall gebracht wurde, gibt's keine Rettung mehr. Jetzt geht's mit Eiltempo auf der schiefen Ebene abwärts, deren Endstation die Verpreuung der badischen Bahnen ist.

Wir glauben nicht, daß ein Ministerium Marschall gewillt oder befähigt wäre, dieses Schicksal von uns abzuwenden. Im Gegenteil, vielleicht ist Herr v. Marschall nur deshalb Minister geworden, weil von ihm am wenigsten Widerstand gegen die Absichten Preußens zu erwarten war. Ein Gefühl tiefster Betrübnis erfüllt uns, wenn wir

uns erinnern, daß Baden einen Rebenius und einen Winter hatte und daß das Erbe dieser Männer einem Herrn v. Marschall überantwortet wurde, dem offenbar zum verantwortlichen Minister nichts weniger als alles fehlt. Und ein Minister, wie Herr v. Marschall, soll der preußischen Junkerbureaucratie die Stange halten und Baden vor dem Verlust seiner Eisenbahnselbständigkeit bewahren. Das glaube wer will, wir halten es für absolut unmöglich.

Badens Volksvertretung hat am letzten Samstag die letzte Möglichkeit, dem badischen Volke seine Eisenbahnselbständigkeit zu sichern, verpaßt. Das Hohngelächter der Herren, die nicht an die Verpreuung unserer badischen Bahnen glauben wollen, wird bald verstummt sein. Das sind dieselben Herren, die auch noch vor wenigen Jahren diejenigen auslachten, die für den Staatsbahnbetrieb auch für die Nebenlinien eintraten, die lachten, als die Fortführung der Hauptlinie von Rastatt nach Rehl gefordert wurde, die lachten, als behauptet wurde, der 2 Pfennig-Tarif bringe keine Minder- sondern Mehreinnahmen, kurz, die Leute, die sich damit begnügen, die „Sachweisheit“ der Regierung in Eisenbahnfragen sich zu eigen zu machen. Einst wurde auch ein List ausgelacht, als er für ein deutsches Staats eisenbahnetz Propaganda machte, wie überhaupt fast alle Männer, welche Ideen vertreten, die im Kopfe anderer keinen Platz finden können, gewöhnlich ausgelacht werden. Die Geschichte pflegt aber böshafterweise immer den Ausgelachten Recht zu geben.

### Badischer Landtag.

#### Zweite Kammer.

(87. Sitzung.)

Karlsruhe, 6. Juni.

Präsident Fehrenbach eröffnet 1/10 Uhr die Sitzung.  
Am Regierungstisch: Minister Frhr. v. Marschall, Generaldirektor Kolb und Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Spezialbudgets der Verkehrsanstalten

und zwar: a) der Eisenbahnbetriebsverwaltung, b) der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung, c) über den Anteil Badens am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn, sowie der hierzu vorliegenden Petitionen und Anträge.

Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.

Es erfolgte das Schlußwort der Antragsteller und des Berichterstatters. Es sprechen

Abg. Ged (Soz.)

zu dem Antrag Ged und Gen. dahingehend, daß der Bau der für den Betrieb der Staatsbahn bestimmten Wagen in den im badischen Lande vorhandenen Waggonfabriken in erster Reihe hergestellt wird. Mit Rücksicht auf verschiedene in der Debatte geäußerte Bedenken soll der letzte Satz des Antrags dahin abgeändert werden: Daß „in der Regel“ die Arbeitszeit der Fabriken nicht über das übliche Maß ausgedehnt werden darf.

Berichterstatter Abg. Dr. Wildens (nl.) wies nochmals auf die von der Kommission in dieser Frage eingenommenen Standpunkte hin und bemerkte, daß gegen den Antrag in seiner jetzigen Fassung wohl nichts einzuwenden sei.

Abg. Fröhlich (frei.) sprach zu dem Antrage Fröhlich und Gen., durch den die Kammer die Regierung ersucht, die anlässlich der Tarifreform abgeschlossenen Verträge zu kündigen und den Zweipfennigtarif für die 3. Klasse aller Züge ohne Schnellzugzuschlag einzuführen. Der Redner wendete sich gegen die gegenüber der Begründung zu seinem Antrage geltend gemachten Einwendungen, durch die sein Standpunkt nicht erschüttert werde. Auch heute betone ich wieder, daß die Verbilligung der Tarife eine Einnahmesteigerung zur Folge haben wird. Wir werden das auch bei dem Zweipfennigtarif erleben. Von dem Herrn Minister und dem Berichterstatter ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte in unschöner Weise von Preußen gesprochen. Das ist nicht richtig. Das, was ich sagte, richtete sich nicht gegen das preußische Volk, ihm unser Herz und unsere Hand. Lassen Sie (die Regierung) das preußische Volk einmal abstimmen über Zweipfennigtarif oder 4. Klasse. Sie werden eine Antwort bekommen, die Sie nicht hinter den Spiegel stecken. Das, was ich bezüglich Preußens sagte, deckt sich mit dem, was gestern von dem Abg. Eichhorn gesagt wurde. Unsere Parteifreunde in Preußen teilen vollständig unsere Auffassung. Nur kommen ein Freiherr und andere und sagen, daß wir unschöne Angriffe gegen Preußen erheben. Sie kommen uns gerade recht. (Große Geisterzeit.) Der Redner wendete sich sodann noch gegen verschiedene Aeußerungen des Herrn Ministers, die seine Behauptungen in keiner Weise widerlegt hätten.

Berichterstatter Abg. Dr. Wildens (ntl.): Die zum Teil sehr übertriebenen Ausführungen des Vorredners haben der Sache, um die es sich handelt, keinen Dienst geleistet. (Sehr richtig!) bei den Nationalliberalen und dem Zentrum.) Es handelt sich um ernste Fragen, bei denen man nicht den Ton anschlagen sollte, wie es von Seiten des Abg. Fröhlich geschehen ist. (Zustimmung.) Der Abg. Fröhlich verlangt, daß der badische Staat eine eigene Tarifpolitik treiben soll. Wir haben die Auffassung, daß das ein gewagtes Experiment ist, für das Baden ein viel zu kleines Land ist. Wir würden dabei unter den Wagen kommen und zwar in einem Maße, daß unsere Selbständigkeit sehr gefährdet wäre. So kann man mit der Tarifreform, die erst vor zwei Jahren beschlossen wurde, nicht umgehen, daß man jetzt die Verträge kündigt und Tarifpolitik auf eigene Faust treibt. Es muß doch anerkannt werden, daß wir durch die Tarifreform den Zweifelhafte erhalten haben für die Personenzüge und beschleunigte Personenzüge. Während der Zeit des Kilometerheftes mußten wir für den Kilometer 24 Pf. bezahlen. Was das Rauchverbot in den Speisewagen betrifft, so halte ich das für ein unnützes Verbot. Ich möchte die Regierung bitten, dieses Verbot aufzuheben. Es war auch von dem Verbot gegen den „Simplicissimus“ die Rede. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß mir dieses Blatt unsympathisch ist, da es an einer Reihe staatlicher Einrichtungen in einer Weise Kritik übt, die ich nicht billigen kann, besonders, da unsere Jugend auch Kenntnisse aus diesem Blatte schöpft. Wenn ich mit dem Grundtone des Blattes nicht einverstanden bin, so muß ich doch sagen, daß ich das Verbot nicht erlassen haben würde. (Beifall links.) Es widerspricht den freiheitlichen Anschauungen, die wir seit langem in unserem Lande haben. Es wird auch mit einem solchen Verbote das Gegenteil von dem erreicht, was man mit ihm bezweckt. (Sehr richtig.) Die Auffassung des Abg. Fröhlich und unsere Auffassung gehen auseinander. Die Zukunft wird zeigen, wer recht behält. Auch wir wollen mit unserem Standpunkte nur das Wohl des Vaterlandes, was ich auch bei dem Abg. Fröhlich und den Mitunterzeichnern seines Antrages voraussetze.

Die Antragsteller Muser (Dem.), Horst (Soz.) und Schmidt (konf.) verzichteten auf das Schlusswort für die von ihnen eingebrachten Anträge. Darauf erhielt der Berichterstatter

Abg. Dr. Wildens (ntl.) das Schlusswort zum Berichte der Kommission. Der Abg. Eichhorn hat gestern nach längerer Zeit wieder eine Rede gehalten. Wir haben aus ihr gesehen, daß er die Kraft der Sprache nicht verloren hat. (Geisterzeit.) Er kam auf die Vorgänge in Basel zu sprechen. Es wurde damals in einer Weise mit dem Feuer gespielt, die keinen guten Eindruck machte. Daß die Eisenbahnverwaltung alles aufbot, einen Streit zu verhindern, ist nur begreiflich. Die Frage, ob die Eisenbahner volle Koalitionsfreiheit und Streikrecht haben, wurde auch von dem Abg. Eichhorn erörtert. Die Regierung hat ein Streikrecht der Eisenbahner nicht anerkannt und ich glaube, daß die Regierung einen anderen Standpunkt nicht einnehmen kann. Ich glaube übrigens, daß durch einen Streik die Eisenbahner ihre eigene Existenz und die ihrer Mitmenschen nicht aufs Spiel setzen wollen. Für die, welche mit dem Staate in einem lebenslänglichen Verhältnisse stehen, gibt es kein Streikrecht. Wir haben übrigens gesehen, daß die Interessen der Arbeiter in vollem Umfange gewahrt sind. Die Ausführungen des Abg. Benedek über die Feierei auf der Dohlnsburg konnte ich nicht begreifen. Sie waren nicht am Platze und ich möchte ihnen, auch in meiner Eigenschaft als Berichterstatter, widersprechen.

Nach kurzen persönlichen Bemerkungen der Abg. Süßkind und Dr. Wildens, sowie nach einer Bemerkung des Präsidenten wurde in die Spezialberatung eingetreten.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Meine Freunde haben den Gedanken geprüft, ob bei der heutigen politischen Situation das Gehalt des Generaldirektors gestrichen werden soll. Wir sind dabei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß unter der Herrschaft des Herrn Generaldirektors staatsbürgerliche Rechte schwer verletzt wurden. Wir haben uns aber davon überzeugt, daß der Herr Generaldirektor nur das ausführende Organ des Ministeriums ist und insofern

keine direkte Verantwortung für den Fall Schäufele trägt. Dem Herrn Generaldirektor wollen wir aber Gelegenheit geben, sich über eine andere Sache zu äußern, nämlich, ob die sozialdemokratischen Blätter auf den Bahnhöfen verkauft werden dürfen. Herr Dr. Behner hat gestern schon der Regierung das Recht zugestanden, den Verkauf sozialdemokratischer Blätter zu verbieten. Diese Rede des Herrn Behner steht in einem eigentümlichen Gegensatz zu der freiheitglühenden Rede, die er im Reichstag zum Vereinsgesetz gehalten hat. Es war allerdings nicht das erste Mal, daß wir die Wahrnehmung machten, wie in der Brust des Herrn Behner zwei Seelen wohnen. Jedenfalls müssen wir der Regierung das Recht bestreiten, eine Zensur über die Bahnhofsbuchhandlungen zu führen. Die Regierung kann nicht mehr verlangen, als daß die Bahnhofsbuchhandlungen nach den Grundsätzen einer anständigen Buchhandlung geführt werden.

Minister Frhr. v. Marschall: Gegenüber den Angriffen auf den Generaldirektor muß ich erklären, daß ich für das, was seitens des Generaldirektors und der Generaldirektion geschehen ist, die volle Verantwortung übernehme. Ich betrachte daher die Angriffe auch gegen mich gerichtet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß der Herr Generaldirektor noch recht lange in seinem Amte bleibt. Der Abg. Frank und seine Partei haben übrigens keinen Anlaß zu Angriffen gegen den Generaldirektor, denn ihm ist in der Hauptsache das zu danken, was an Fürsorge für die Arbeiter geschehen ist. Es wurde die Anfrage gestellt, ob der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen durch Bahnhofsbuchhandlungen verboten ist. Wir hatten bisher noch keinen Anlaß, uns mit der Frage eines solchen Verbots zu beschäftigen.

An der weiteren Debatte beteiligten sich in kürzeren Ausführungen die Abg. Schimburger (Dem.), Eichhorn (Soz.), Generaldirektor Roth, Welser (Zentr.), Geh. Oberregierungsrat Herrmann, der betonte, daß die Eisenbahnverwaltung den Wünschen bezüglich der Arbeiterwochenarten so weit als dies möglich war, entgegengekommen ist, die Abg. Jürg (Dem.), Eichhorn (Soz.), Wittum (ntl.), Welser (Zentr.), Benedek (Dem.), Müller (ntl.), Bestold (Soz.), Dr. Frank (Soz.), Fröhlich (freil.), Minister Frhr. v. Marschall, welcher erklärte, daß die bezüglich der Main-Neckar-Bahn vorgebrachten Beschwerden schon seit dem Mai v. J. beseitigt sind, und daß, wenn auf Fahrkarten von Beamten die Wagenklasse 3 in 4 umgeändert worden ist, die Regierung das mißbilligt.

Abg. Fröhlich (freil.): Aus den Mitteilungen des Herrn Ministers geht nicht hervor, daß auf der Main-Neckar-Bahn niemand gezwungen werden kann, mit dem Bilet 3. Klasse 4. Klasse fahren zu müssen.

Abg. Dr. Obkircher (ntl.): Wir haben uns auf dem letzten Landtag bei Beratung der Tarifreform dahin ausgesprochen, daß auf der Main-Neckar-Bahn niemand gezwungen werden kann, auf der badischen Strecke mit einer Karte 3. Klasse 4. Klasse zu fahren. Der Herr Minister hat eine Erklärung in gleichem Sinne damals abgegeben. Sie hat dazu beigetragen, die Abstimmung über die Tarifreform zu beeinflussen. (Hört, hört.) Wenn der Herr Minister sagen würde, daß er die damals gegebene Zusage nicht halten könne, wäre das sehr zu bedauern. Deswegen wäre aber kein Anlaß gegeben, die Tarifreform zu beseitigen, sie ist ein zu großes Werk. Den Minister möchte ich bitten, eine bestimmte Erklärung abzugeben.

Minister Frhr. v. Marschall: Die Arbeiter sind, wie ich aus Mitteilungen des Abg. Müller entnehme, mit den Verhältnissen zufrieden. Wenn jemand einen Stehplatz hat, so wird es gleich sein, in welcher Klasse er fährt. Ich werde übrigens sorgen, daß die Arbeiter, die eine Karte 3. Klasse haben, in einer solchen fahren können.

Abg. Kolb (Soz.): Der Herr Minister weigert sich, eine bestimmte klare Antwort zu geben. Ich frage den Minister, ob er in der Lage ist, das dem letzten Landtage gegebene Versprechen zu halten.

Abg. Dr. Wildens (ntl.): Wir haben auf dem letzten Landtage beschlossen, daß auf der badischen Strecke der Main-Neckar-Bahn eine gleichmäßige Behandlung der 3. und 4. Klasse stattfindet. Die Regierung scheint diesem Beschlusse nicht zu entsprechen. (Sehr richtig.) Die Regierung hat die Verpflich-

tung, den Beschluß des Hauses zur Geltung zu bringen. (Zustimmung.)

Minister Frhr. v. Marschall: Mit dem, was damals beschlossen wurde, sollte es dem Publikum überlassen werden, welchen Platz es benützen will. Wenn jemand 4. Klasse fahren will, so kann ich ihn nicht hindern. Wenn die Arbeiter darauf bestehen, 3. Klasse zu fahren, so wird gesorgt werden, daß das geschehen kann.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Aus dem Verlaufe der Debatte ersehen wir, daß das Versprechen welches der Minister gegeben hat, nicht gehalten wurde. Wir müssen uns fragen, weshalb das aus bösem Willen oder weil der Herr Minister das nicht kann, weil ihm die Hände gebunden sind und weil ein badischer Minister in einer technischen Frage ohnmächtig ist? Um dem Ausdruck zu geben, daß wir das Verhalten des Ministers mißbilligen, bitte ich das Haus, dem Antrage Fröhlich zuzustimmen.

Abg. Müller (ntl.) erklärte, daß er seit Mai v. J. keine Beschwerden von Arbeitern über den Verkehr auf der Main-Neckar-Bahn erhalten habe.

Abg. Dr. Behner (Zentr.): Die Regierung muß dafür sorgen, daß der Rechtsstandpunkt, den die Kammer und die Regierung eingenommen haben, zur Geltung gebracht wird.

Abg. Schmidt (Zentr.): Ich habe kürzlich schon darauf hingewiesen, daß auf nur badischen Strecken Arbeiterinnen gezwungen werden, in der 4. Klasse zu fahren.

Minister Frhr. v. Marschall: Ich werde dafür sorgen, daß die, welche Karten dritter Klasse haben, auch in dieser Klasse fahren können.

Abg. Herat (Zentr.): Die Einführung der 4. Wagenklasse halte ich nicht für so schlimm. (Hört! hört! links.) Auch ich bin der Ansicht, daß die Regierung ihre Zusage halten muß.

Abg. Dr. Obkircher (ntl.): Hätte der Herr Minister die letzte Erklärung zuerst abgegeben, hätte die Debatte einen kürzeren Verlauf genommen. Nach dieser Erklärung können wir uns zufrieden geben. Es liegt kein Anlaß vor, uns in unserer Stellungnahme zur Tarifreform beeinflussen zu lassen.

Abg. Kolb (Soz.):

Es war für uns notwendig, vor dem Lande festzustellen, daß die Regierung ihr Versprechen nicht gehalten hat. Die Faltung der Regierung kann nur Mitleid einflößen. (Präsident: Ich kann diesen Ausdruck nicht als parlamentarisch betrachten und rüge ihn daher.) Woher kommt es, daß die Regierung eine solche Haltung einnimmt? Weil sie unter dem Drucke Preußens steht. Wir sehen immer mehr, daß es zu einer Verprechtung unserer Bahnen kommt.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abg. Behner (Zentr.), Dr. Frank (Soz.), des Ministers Frhr. v. Marschall und des Berichterstatters Dr. Wildens (ntl.) schloß die Debatte. Sämtliche Positionen wurden genehmigt und darnach der Antrag Ged und Gen. einstimmig angenommen; der Antrag Fröhlich und Gen. mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt;

der Antrag Muser und Gen. auf gefällige Festlegung der Tarife mit allen gegen 15 Stimmen abgelehnt;

der Antrag Schmidt (konf.) und Gen. die Petition der Bahnarbeiter-Wilfingingen der Regierung empfehlend zu überweisen mit 28 gegen 27 Stimmen angenommen.

Hierauf gelangten die zu den Petitionen und Anträgen vorliegenden Anträge der Kommission zur Annahme.

Damit war die Beratung beendet.

Präsident Gebrenbach: Es sind zwei Anträge eingegangen: 1. ein Antrag Ged (Soz.) und Gen. dahingehend, die Kammer wolle die Regierung ersuchen, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, nach welchem auch bei der Gemeindesteuer der Schuldenabzug stattzufinden hat.

2. ein Antrag der Abg. Vogel (Dem.) und Gen. lautend: Die Unterzeichneten beantragen, die Kammer wolle die Regierung ersuchen, dem Landtage eine Vorlage über Änderung des Gemeindesteuergesetzes in dem Sinne zu machen, daß auch bei der Gemeindesteuer ein Schuldenabzug ermöglicht wird.

Ich wünsche den Herren begünstigte Richtigstellung und schließe die Sitzung. Nächste Sitzung: 15. Juni, 4 Uhr.

## Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

93)

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Er hat nun wiederholt versucht, die angestellten Wärter und Wärterinnen zu verleiten, den Kranken eine von ihm erfundene Mixtur anstelle der vom Arzte verschriebenen Medizin einzufüllen. Als dies zur Kenntnis des Inhabers der Klinik Professor Wöttger gelangte, kündigte ihm derselbe mit Rücksicht auf die aus diesem Vertrauensbruch sich eventuell ergebenden bedenklichen Folgen die sofortige Entlassung an. Dr. Trautborn hat nun gegen Professor Wöttger einen Zivilprozeß angestrengt, er fordert eine Ehrenerklärung und gleichzeitig sein Gehalt für ein volles Jahr, wozu er sich durch eine von dem Professor bei Gelegenheit der Anstellung gemachte Bemerkung berechtigt glaubt. Der Professor verweigert die Anerkennung dieser Ansprüche. Ich bin der Vertreter des Professors und da derselbe aus den seinerzeit vorgelegten Zeugnissen des Doktors sich erinnert, daß Trautborn in Straßburg angestellt war, so haben wir uns dorthin gewandt, um zu erfahren, ob er etwa bereits früher ähnliche Manöver unternommen hat.

Und was für eine Mixtur ist es, die Dr. Trautborn erfunden hat?

„Er hat noch kein Patent darauf, doch hat Professor Wöttger die Zusammenfügung einigermaßen festgestellt. Sie ist für Nervenkrankheiten bestimmt und Dr. Trautborn schreibt ihr speziell die Fähigkeit zu, akute Nervensymptome sowohl als chronische Nervenleiden in kürzester Frist zu lindern respektive zu heilen. Er behauptet, in seiner Arznei ein neues Spezifikum gefunden zu haben. Kennen Sie die bekannten Fowler'schen Tropfen, so benannt nach dem englischen Arzt Thomas Fowler?“

Welche Männer verneinten.

„Sie sind in jeder Apotheke erhältlich, bestehen im wesentlichen aus einer Lösung von arseniksaurem Kalium und werden mit Erfolg gegen Wechselstieber, Neuralgien und allerhand Nervenleiden angewandt. Der hauptsächlich wirkende Faktor ist arsenige Säure, die allerdings nur im Verhältnis von 1 zu 100 darin enthalten ist. Wie mir Professor Wöttger mitteilte, ist das Produkt des Dr. Trautborn ein ähnliches, nur ist das

Arsen in weit stärkerem Maße darin vertreten, so daß der Professor die Mixtur für überaus gefährlich hält.“

Frank war seinem Begleiter, dessen Augen aufleuchteten, einen bedeutungsvollen Blick zu.

„Halten Sie die Mixtur Dr. Trautborns für geeignet, den Tod eines Kindes herbeizuführen?“

„Das nicht, Professor Wöttger meinte nur, wenn die Mixtur wiederholt eingegeben würde, könnten sie besonders bei schwächlicher Konstitution zu allen den traurigen Erscheinungen einer chronischen Arsenvergiftung führen.“

„Also eine akute Wirkung ist ausgeschlossen?“

„Allerdings — Dr. Trautborn ist noch Fachmann, er weiß wie weit er im äußersten Falle zu gehen hat.“

Der übrige Teil der Unterredung war nicht von Belang für die Absicht der Verdähten. Das Feuer in Leo's Wild war ebenso rasch wieder verglommen, wie es aufgelodert, und als er bald darnach mit dem Detektiv dem gemeinsamen Hotel zuschritt, äußerte er kleinmütig:

„Damit war es also wieder nichts.“

„Warum nicht?“

„Weil auch die Tropfen Dr. Trautborns eine akute Vergiftung, wie die uns interessierende nicht hervorgerufen vermögen. Wir sind auf einer falschen Spur.“

Der Detektiv lachte.

„Im Gegenteil,“ tief er vergnügt, „wir haben das Geheimnis so gut wie ergründet. Wenn ich nur erst das Frauenzimmer hätte, das wir suchen, so wollte ich Ihnen bald hierfür den Beweis liefern!“

„Sie glauben, der Doktor habe seine damalige Geliebte bezwogen, dem Kinde die von ihm erfundene Arznei zu reichen?“

„Ich glaube es nicht, ich bin davon überzeugt.“

„Woher aber der verhängnisvolle Effekt?“

„Woher? Durch irgend einen unvorhergesehenen, unglücklichen Zufall. Vielleicht hat das Mädchen die Dosis versehentlich zu groß genommen. Darüber will ich morgen noch Professor Wöttger selber fragen.“

„Was tun wir nun? Wollen wir Dr. Trautborn auffuchen und ihn fragen, wo die Stod sich aufhält?“

Es wird uns nichts nützen. Da sich der Doktor hier befindet, so hat er zweifellos unsere Annonce gelesen. Wenn er trotzdem nichts von sich hören ließ, so beweist das einfach, daß er entweder selber über den Aufenthalt der Stod nichts mehr

weiß oder daß er die Falle wittert und lieber den Mund hält.

Ich halte letzteres für richtig. Gehen wir daher zu ihm, so machen wir ihn nur unnötig auf uns aufmerksam. Und ein Geständnis ist von der Stod wohl eher zu erzielen, als von diesem Fanatiker der Wissenschaft. Wenn er ein Ehrenmann im vollkommenen Sinn wäre, hätte er doch sofort mit der Sprache herausreden müssen. Aber er fürchtet nur für seine Erfindung und seinen Ruf als Erfinder und läßt lieber eine unschuldige

Leiden, als daß er die verdienten Vorwürfe entgegennimmt! Die Stod halte ich nach der von ihr gegebenen Schilderung nicht für so raffiniert und kalblütig, sie ist nur von ihm verleitet. Beide sind durch eine gemeinsame Schuld verknüpft und werden nicht leicht von einander lassen, wenigstens die Stod nicht von ihm, sie wäre ihm sonst nicht gefolgt.“

„Sie mögen wohl recht haben, Herr Frank. Wie sollen wir aber dann ihr Domicil ausfindig machen?“

„Dadurch, daß wir den Doktor beobachten. Er kommt doch sicherlich mit seiner Frau irgendwo zu irgend welcher Zeit zusammen, ich verstehe mich auf die Kunst des Beschattens, wie wir es nennen, und werde ihn scharf beobachten. Dazu ist indessen nötig, daß ich ihn von Person kenne — ich werde mich unter irgend einem Vorwand bei ihm vorstellen.“

Obwohl dem ungeduldrigen Künstler alles zu langsam ging, mußte er sich doch der Erfahrung seines Begleiters fügen. Frank suchte vor allen Dingen den Professor Wöttger auf und dieser bestätigte ihm, daß schon eine dreimal so große Dosis, als Trautborn den Kindern habe zumommen lassen wollen, unter Umständen zu einer Vergiftung führen könne. Gerade die Gefährlichkeit dieser Medizin habe ihn zu so scharfem Vorgehen gegen Dr. Trautborn bezwogen, da die große Bedenklichkeit auf der anderen Seite durch keinerlei Erfolge aufgewogen werde. Die Zusammenfügung beruhe auf Hypothesen, erste Versuche lägen nicht vor; würden sie gemacht, so dürften sie dem fanatischen Chemiker bald einen nicht gerade schmeichelhaften Begriff von seiner Erfindung beibringen. Aber schon die Anfertigung der Versuche war vermessene. Der große Erfolg mehrerer solcher Erfindungen auf chemischem und medizinischem Gebiete in der Neuzeit habe aber eine wahre Erfindungs- und Experimentierlust unter den jungen Gelehrten hervorgerufen, jeder träumte davon, noomöglich mit einem Schläge ein reicher und berühmter Mann zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

### Badische Politik.

#### Einen Ausflug auf den Schwarzwald

werden am kommenden Dienstag und Mittwoch die Budgetkommission und die Kommission für Eisenbahnen und Straßen machen. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Zuaufnahme der Gegend zwischen Titisee und St. Blasien, die in den nächsten Jahren eine Bahnverbindung erhalten soll.

#### Schuldenabzug bei der Gemeindebesteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am Samstag folgenden Antrag eingebracht: „Die Kammer möge die Gr. Regierung ersuchen, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Schuldenabzug bei der Gemeindebesteuerung gestattet.“

#### Der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen

war bisher bei den badischen Bahnhofsbuchhandlungen nicht zugelassen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Frank erklärte am Samstag Minister Marschall, daß die Regierung bisher keine Veranlassung hatte, ein Verbot des Verkaufs sozialdemokratischer Zeitungen zu erlassen. Demnach steht dem Verkauf selbst nichts im Wege. Unsere Parteigenossen sollten deshalb den „Volksfreund“, die „Volksstimme“ und den „Vorwärts“ auf den Bahnhöfen künftig verlangen und falls die Buchhandlungen sich weigern, unsere Zeitungen zum Verkauf zu halten, davon alsbald der Landtagsfraktion oder dem Landesvorstand Mitteilung machen, damit Schritte gegen diesen Vorkott unternommen werden können.

#### Die Gehaltsvorlage in der Kommission des Landtages.

Von den gefassten Beschlüssen sind noch nachzutragen: Der früher mitgeteilte Beschluß zu § 12 der Gehaltsordnung bezüglich des größeren Schutzes der Beamten beim Verlassen der Zulage ist aufrecht erhalten. Die vielumstrittene Frage des § 16 der Gehaltsordnung, ob das Vorrücken in die höhere Gehaltsklasse unter vorzugsweiser Berücksichtigung der Leistungen und Verwendbarkeit oder nach dem Dienstalter der Beamten erfolgen soll, wurde im Kompromißweg dahin entschieden, daß im Tarif, wo es angängig erschien, gehobene, sogen. Spitzenklassen, geschaffen, im übrigen aber zwei oder auch drei Gehaltsklassen belassen wurden, aber als Grundregel in § 16 bestimmt ist: „Das Vorrücken in die höheren Gehaltsklassen erfolgt nach dem Dienstalter des Beamten, sofern nicht dessen Leistungen und Verwendbarkeit eine abweichende Behandlung begründen.“

Nach den Uebergangsbestimmungen erhält jeder Beamte auf 1. Juli als außerordentliche Gehaltsaufbesserung eine ordentliche Zulage nach dem neuen Tarif sowie die Hälfte derselben als einmalige Zuwendung. Um etwaige Härten beim Uebergang aus dem Arbeitsverhältnis bei der ersten Anstellung zu vermeiden, wurde eine neue Bestimmung aufgenommen, daß bis 1913, wenn ein Beamter bei der ersten etatmäßigen Anstellung auf Stellen der Abteilungen J und K sich in seinen Bezügen um mehr als fünf vom Hundert seiner bisherigen Vergütung verschlechtern würde, ihm zur Ausgleichung eine aufgabere Dienstzulage bis zur Höhe des die Grenze von fünf vom Hundert übersteigenden Ausfalls bewilligt werden kann. Zur Ausgleichung von bisherigen Unbilligkeiten ist weiter neu aufgenommen, daß beim Inkrafttreten des neuen Gehaltstarifs der Einkommensanschlag der vorhandenen, aus dem Volksschuldienst als Real-, Gewerbe-, Handels-, Zeichen- und Musiklehrer an Mittel- und Hochschulen sowie an Lehrerseminarien und sonstigen Staatsanstalten übernommenen Volksschulhauptlehrer unter Zugrundelegung der Sätze des bisherigen Gehaltstarifs auf den Betrag festgesetzt wird, den diese Beamten erreicht hätten, wenn sie vom Zeitpunkt ihrer Aufstellung als Volksschulhauptlehrer an in einer der Stellungen der bezeichneten Art verwendet gewesen wären; etwa übersteigende Einkommensbezüge werden als Dienstzulagen gewährt, welche nach und nach innerhalb des Höchstbetrags wegfallen.

Im Tarif sind sowohl bei den unteren, wie den mittleren und oberen Beamtengruppen Verbesserungen erreicht worden; zum Teil bestehen diese in Erhöhung des Mindest- oder Höchstbetrags oder auch durch weiteres Vorrücken in eine höhere Gehaltsklasse; zu einem großen Teil auch in einer Erhöhung der Verteilungszahl auf die verschiedenen Gehaltsklassen. Alle Einzelheiten können natürlich im Rahmen eines Artikels nicht mitgeteilt werden. Hervorgehoben mag folgendes werden: Für die unterste Klasse der unteren Beamten K 3 wurde der Mindest- und Höchstgehalt von 900—1300 Mk. auf 1000—1400 Mk. erhöht, ebenso der Höchstgehalt in K 2 von 1650 auf 1700 Mk. und derjenige der Abt. J 2 bis K 1 um je 100 Mk.; für die Schaffner ist eine Gehaltsklasse I nach K 1 geschaffen; zugführende Wagenwärter können nach J 4 gelangen; die Bahn- und Telegraphenmeister wurden von Abt. J wieder nach H heraufgehoben und zwar nach H 3 und H 1, wobei in Ausnahmefällen bei besonderer Tätigkeit ein Vorrücken nach G nach den allgemeinen Grundsätzen des § 6 der Gehaltsordnung möglich ist. Die Straßen-, Brücken-, Damm-, Kultur- und Gartenmeister sind ebenfalls von J nach der neuen Abteilung H 4 (1500 bis 2500 Mk.) und H 2 gehoben.

Bei den mittleren Beamten wurde die tunlichste Gleichstellung der Beamten mit gleichartiger oder gleichwertiger Vorbildung versucht und zum größeren Teil auch erreicht. Wenn auch die Aktiare der Justiz und der inneren Verwaltung ihre erste Anstellung nicht in G 2 finden konnten, so wurde der Mindest- und Höchstgehalt doch von 1400 bis 2500 Mk. auf 1550—2600 Mk. erhöht; die Bureaubeamten des Bezirksdienstes gelangen in die oberste Gehaltsstufe mit einem Fünftel aller Stellen, statt nur mit einem Zehntel, wie der Entwurf vorsah, ebenso die Bureaubeamten der Zentralverwaltung; dazu wurden für die ersten Bureaubeamten bei den größeren Landgerichten, größeren Amtsgerichten und bei den drei größten Staatsanwaltschaften 30 gehobene Stellen, sowie bei den Landeskommissaren und den großen Bezirksämtern 15 gehobene Stellen nach F 1 neu geschaffen. Die Sekretariats- und Rechnungsbeamten bei den Ministerien und der Oberrechnungskammer können nach E 2 bis zur Hälfte aller Stellen, die Bureaovorsteher bei der Generaldirektion nach E 1 bis zu einem Drittel der Stellen gelangen. Der Höchstgehalt in G 1, in welcher Abteilung die seminaristisch und technisch gebildeten Lehrer (Real-, Gewerbe-, Handels-, Musik-, Zeichenlehrer) ihre erste Anstellung erfahren, ist von 3400 auf 3600 Mk. erhöht; letztere kommen in I. Gehaltsklasse nach F 1 und auf den „wichtigeren Stellen“ nach E 2; ferner die Vorsteher von großen Fachschulen, von Blinden- und Taubstummenanstalten, sowie die Direktoren von erweiterten Volksschulen nach E 1, wobei letzteren noch die Möglichkeit des Vorrückens nach D 1 gegeben ist.

Bei den oberen Beamten wurde in der Abt. D der Mindestgehalt von 2400 auf 2500 Mk. erhöht, für alle als Anfangsstellung die Abt. D 1 bestimmt, von welcher dieselben im allgemeinen gleichmäßig zu je einem Fünftel aller Stellen nach C 3 und C 2 (Höchstgehalt 6400 Mk.) vordrücken sollen; nur die Richter sind getrennt behandelt, indem die Einzelrichter wie die anderen Bezirksbeamten in drei Klassen nach C 2 vordrücken, während die Landgerichtsräte zur Hälfte aller Stellen nach C 2 und C 3 eingeteilt sind; eine teilweise Ausnahme bleibt für die Bezirksbeamten der inneren Verwaltung bestehen; sie sind aber in C 1 nicht mehr mit drei Zehntel, wie im Entwurf, sondern nur mit einem Fünftel und nur mit einem Fünftel auch in C 2 eingereiht. Durch das Hinausschieben aller akademischen Beamten mit einem Bruchteil nach C 2 wurde der Unterschied zwischen dem Gehalt der Bezirksbeamten und dem Gehalt der Mitglieder der Kollegialstellen und der Ministerien verringert, was die Gewinnung geeigneter Kräfte für diese Stelle erschweren würde. Deswegen mußten auch die Höchstgehälter in den Abteilungen C 1 und B entsprechend erhöht werden. Neu wurde eingefügt die Stelle eines Befandten in München.

Allen Wünschen, die in den zahlreichen Petitionen vorgetragen wurden, konnte natürlich nicht entsprochen werden, zum Teil auch aus Rücksichten auf die finanziellen Wirkungen. Verursachen die Beschlüsse der Kommission doch im Beharrungszustand einen Mehraufwand von zusammen rund 115 000 Mk., wozu noch für Mehraufwand an Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung von rund 300 000 Mk., sowie der Mehraufwand für die Umwandlung von 290 Heizerstellen in Lokomotivführerstellen und weiteren rund 800 Stellen für Bremser, Rottenführer in den nächsten Staatsvoranschlägen mit zusammen 190 000 Mark kommen. Der sofortige Mehraufwand der Tarifänderung und der außerordentlichen Aufbesserung nach der Gehaltsordnung beträgt für das Jahr 1908 in der allgemeinen Staatsverwaltung 626 000 Mk., der Eisenbahnverwaltung 295 621 Mk., wozu die Erhöhung der Vergütung der nicht-etatmäßigen Beamten und der Ruhegehälter kommt.

### Deutsche Politik.

#### Das Rätsel von Rixdorf-Schöneberg

Sucht die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ wie folgt zu lösen: „Die Nachricht, daß der Wahlkreis Rixdorf-Schöneberg bereits von der Sozialdemokratie erobert sei, ist unzutreffend. Auf Grund der amtlichen Ermittlungen ist folgendes festgestellt: Die Zahl der Wahlmänner beträgt 1124; die absolute Mehrheit also 563. Es sind gewählt: Sozialdemokraten 491, Konservative 157, Freisinnige 154, Nationalliberale 28, zusammen 830. — Zur Stichwahl stehen: Sozialdemokraten 136, Konservative 151, Freisinnige 232, Nationalliberale 59. — Die Sache liegt also so, daß die Sozialdemokratie noch 72 Wahlmänner braucht, um die absolute Mehrheit zu erlangen, während sie mit 136 Wahlmännern zur Stichwahl steht. Bei einmütigem Zusammengehen der bürgerlichen Parteien und bei Anspannung aller Kräfte kann also der Wahlkreis noch davon behauptet werden, sich durch einen Sozialdemokraten im Landtage vertreten lassen zu müssen.“ In 72 von 136 Stichwahlen gegen den vereinigten reaktionären Mißmach zu siegen, ist gewiß kein leichtes Unternehmen. Trotzdem hoffen die Berliner Genossen mit großer Bestimmtheit, daß sich die Nachricht vom sozialdemokratischen Sieg in Rixdorf-Schöneberg zu guterletzt doch als richtig erweisen wird. Wenn nicht schon früher, so doch am 16. Juni.

Für ein liberal-sozialdemokratisches Wahlkompromiß tritt das „Berliner Tageblatt“ mit großem Eifer ein. Nachdem es den Führern des Blockfreisinn derb die Leuten gelesen, fordert es sie auf, „jezt wenigstens jede falsche Rücksicht über Bord zu werfen und mit der Sozialdemokratie überall da, wo sie gegen die Reaktion und die Wahlrechtsfeinde im Kampfe stehen, ein Wahlkompromiß abzuschließen“. Die Sozialdemokratie war es, die den gemeinsamen Kampf aller Wahlrechtsfreunde immer gepredigt hat, der Freisinn aber war es, der in den Block ging, um gemeinsam mit den Junkern die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Heute ist der Karren so verfahren, der Block so kompromittiert, daß die Mühe des „Berliner Tageblatt“ vergeblich sein wird. Der Blockfreisinn versteht sich darauf, daß ihm die sozialdemokratischen Wahlmänner dort, wo er gegen Konservative steht, ohne weiteres bloß seiner herrlichen Laten willen die Stimmen geben müssen, und da das selbstverständlich nicht geschehen wird, richtet er sich darauf ein, das übliche Geschrei über die Sozialdemokratie zu erheben, die „der Reaktion Helfersdienste“ leistete, da sie die Blockbrüder unter sich ließ. Dabei will der Freisinn nicht nur nicht der Sozialdemokratie eine einzige Stimme geben, sondern er sperrt sich auch gegen den Gedanken, in einer etwaigen Stichwahl zwischen bürger-

lichen Demokraten und Konservativen den ersteren seine Stimme zu geben.

Es wird sich vielleicht binnen zehn Tagen an dem einen oder dem andern Orte die Möglichkeit des experimentellen Beweises bieten, daß das vielfach verleugnete Wort: „Lieber mit Krüger als mit Barth!“ nicht bloß die zufällige Aeußerung eines bei unpassenden Gelegenheiten temperamentvollen freisinnigen Blockführers, sondern die bestimmte vorgeschriebene Richtlinie des sogenannten „bürgerlichen Liberalismus“ ist.

#### Noch ein Günstling Wilhelms II. entlarvt.

Die Ermittlungen des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Schmidt-Berlin in der Voruntersuchung gegen Philipp Eulenburg haben zu einem weiteren aufsehenerregenden Ereignis geführt. Von mehreren in München vernommenen Zeugen wurde bekundet, daß in Berlin der königliche Kammerherr Graf Edgar v. Wedel im Prinzessinnenpalais wiederholt Teegesellschaften veranstaltet habe, an denen fast ausschließlich homosexuelle Herren aus den höchsten Gesellschaftskreisen teilgenommen haben. Selbst Angehörige regierender Fürstenhäuser und ein naher Verwandter unseres Kaiserhauses sollen zu den ständigen Besuchern dieser sauberen Teegesellschaften gehört haben.

Aus Anlaß dieser Zeugenaussagen wurde Graf von Wedel vor einigen Tagen vom Untersuchungsrichter eidlich vernommen. Er gab zu, daß die von ihm arrangierten „Teabende“ fast ausschließlich von homosexuellen Herren aus den höchsten Kreisen besucht waren und daß er auch selbst homosexuell veranlagt sei. Dies überraschende Ereignis wurde sogleich dem Kaiser gemeldet. Wilhelm II. hat dann dem Grafen Wedel seine große Mißbilligung ausgesprochen und ihn aller seiner Ämter enthoben. Graf von Wedel wurde außerdem aufgefordert, unverzüglich die Dienstwohnung, die er in dem Unter den Linden gelegenen Prinzessinnenpalais, das mit dem Palais des alten Wilhelm verbunden ist, inne hatte, zu räumen.

Graf Edgar von Wedel war einer der elegantesten und beliebtesten Kavaliere der Hofgesellschaft. Er erfreute sich großer Sympathien bei den jungen Prinzessinnen und Prinzen des königlichen Hauses. Er gehörte zu den Bevorzugten, die der Kaiser mit dem Vornamen anredete. Graf von Wedel ist unverheiratet und etwa 54 Jahre alt. Er war Kammerherr der Kaiserin Friedrich. Nach deren Tode wurde er hauptsächlich Prinzessinnen fremder Fürstenhäuser, die am königlichen Hofe zu Berlin als Gäste weilten, als Kammerherr attachediert. (So waren die Prinzessinnen wenigstens in guten Sänden.) Graf Wedel hat Berlin bereits verlassen und ist nach Capri ausgerückt.

Soweit der Bericht aus Berlin. Er beweist, daß es am Berliner Hofe recht sauber ausschaut. Aber jede neue Enttüllung ist für Philii günstig. Denn der preußische Staat wird sich doch durch einen Weineidsprozeß seine monarchischen Grundlagen nicht völlig verderben lassen.

#### Ein Oyster Eulenburgs.

Die „Dresdener Neueste Nachrichten“ veröffentlichen einen recht interessanten Beitrag zur Charakteristik des Fürsten Philipp zu Eulenburg. Ihre Mitteilung betrifft den Tod des 1902 gestorbenen Geheimrats Pierson, des Stellvertreters des damaligen Generalintendanten der königlichen Schauspiele in Berlin, Grafen Hochberg. Das Dresdener Blatt erzählt:

„Der Geheimrat Pierson, der die Geschäfte der Generalintendantur unter dem Grafen Hochberg führte, fühlte sich eines Tages von schrecklichen Gerüchten eingehegt wie ein gehetztes Wild und kannte den Urheber der Gerüchte nicht, die den ehrenwerten Mann an maßgebender Stell ganz grundlos verleumdete. Geheimrat Pierson war herzliebend und diese Gerüchte wickten wie das schlimmste Herzgift. Dem Grafen Hochberg waren sie bekannt. Er wußte auch, wer der Urheber war. Dem bedrängten Mann, der durch eine Verleumdung um seine Lebensarbeit, um mehr noch, um seinen guten Ruf kommen sollte, nannte er den Namen des allmächtigen Fürsten Philipp zu Eulenburg. Pierson wußte, was der Name wog. Ein Name schwerer als Bismarcks bringende Warnungen vor seinem Träger. Ein Unangenehmer. Ein Unantastbarer. Was vermochte auch der Geheimrat Pierson gegen den Liebenberger Schloßherrn, dem der deutsche Kaiser arglos vertraute, den Wilhelm II. mit seiner Freundschaft ausgezeichnete, den eines Makels zu bezichtigen nur ein Hirnverbrannter oder ein hohler Reiter wagen konnte. Dem schwer geschädigten, pflichttreuen Mann blieb keine Wahl. Er wagte es, stellte den Fürsten, verlangte, daß er bekenne, ihn verleumdet zu haben. Der Troubadour von Liebenberg war nie ein Freund so kräftiger Sprache. Damals ging ihm wie schon oft. Des ehrlichen Mannes wutbürgernde Anrede machte ihn krank. Die Krankheit des Fürsten zog sich hin. Der Termin rückte heran, an dem Pierson klagte mußte, wenn die Antragsfrist wegen des Vergehens der verleumderischen Beleidigung nicht ablaufen sollte. Am 24. Dezember 1901 war der Zeitpunkt da. Pierson erhob die Anklage. Der Schwerkranker gegen den allmächtigen Mann, der damals auch „krank“ war. Eine Krankheit, die den Patienten von munterer Jagd nicht abhält und munterem Schwören. . . .“

Philipp zu Eulenburg nahm seine Verleumdung schriftlich mit Bedauern zurück. Der Beleidigungsprozeß unterblieb. Der todkranke Mann hatte nichts mehr davon zu erhoffen. Das verleumderische Gerücht mußte durch eine Amtsunteruchung aus der Welt geschafft werden. Solche Untersuchungen muß langsam gehen, Schritt um Schritt, Ziffer um Ziffer. Langsamer als es ein gebrochenes Herz erträgt. Als Pierson tot war, bestätigte die preußische Oberrechnungskammer, daß er ein Rechtschaffener, daß seine Verwaltung tadellos war. Zu spät für den, dessen letztes Wort, Minuten ehe ihm die Augen brachen, Eulenburgs Name war.

Doch die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Auch Philipp Fürst zu Eulenburg erhielt ein Zeugnis. Graf Hochberg hatte sich angeekelt von ihm gewandt. Noch einer mußte um die Sache: Richard Wilhelm Ludwig Fürst zu Dohna-Schlöbitten. Der hatte mit Bedauern gesehen, wie ein wackerer Mann litt unter schwerer Verleumdung. Als Fürst Philipp zu Eulenburg bekennen mußte, galt diesem Fürsten die billige Entschuldigung nicht als Sühne. Er schrieb dem Liebenberger Schloßherrn einen Brief, den die Richter bei der Beurteilung von Eulenburgs Charakter — den sie kennen lernen müssen — nicht übersehen dürfen. Ein Brief, der den Gewaltigen einen

s damals be- werden, mel- Klasse haben cheiter darauf eden, daß das

daß das Ver- halten wurde. len oder weil inde gebunden mischen Frage wir das Ver- aus, dem An-

J. keine Be- Main-Redak- er muß dafür mer und die vracht wird. n darauf hin- iterinnen ge-

forzen, daß dieser Klasse Wagenkass- s.) Auch ich ten muß. Minister die te einen für- nmen wir uns nserer Stel- n.

zustellen, daß Die Haltung sident: Ich trachten und gierung eine de Preußens Verpreuung

g. Jhnter v. Marschall die Debatte. chnach n o m e n ; 16 Stimmen

stlegung der t; n der Bahn- n überweisen

trägen vor- eingegangen: gehend, die e ein Geset- steuer der

en. lautend: e Regierung e des Ge- auch bei der

und schließe hr. Mund hält. zu ihm, so n. Und ein en, als von nmann im der Sprache

Erfindung Unschuldige gegennimm- leration nicht m erleidet. und werden t nicht von

Wie sollen Er kommt nd welcher t des Be- beobachten. nne — ich vorstellen.“

gam ging. ers fügen. er auf und che Dosis. llen, unter de die Ge- Vorgehen

beit auf der erde. Die luche lägen fanatischen begriff von ellung der solcher Er- te in der mentierwit nte davon, ter Mann

Verleumder nannte, in niedriger Gefinnung so deutlich zick, daß es nur eine Antwort darauf gab. Die Antwort kam nicht. Der allmächtige Vorkämpfer war „krank“. So krank, daß er nur mit wenigen Worten auf geduldigem Papier sich zu wehren vermochte. Und geduldet von diesem Brief, wie von dem letzten Seufzer des bedauernswerten Ehrenmannes, dessen Namen nun auch Gerechtigkeit widerfahren wird.

**Die Wohnungsnot in München.**

Die Münchener sozialdemokratische Rathsausschussfraktion hat am Donnerstag im Gemeindefollegium folgenden Antrag eingebracht:

Die Unterzeichneten stellen den Antrag, das Gemeindefollegium wolle beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zur Binderung der Wohnungsnot in München (Vau von Kleinwohnungen) in die Wege zu leiten.

In der Begründung heißt es: Die Wohnungsnot in München hat einen Umfang angenommen, die es der Stadtverwaltung zur dringenden Pflicht macht, ungefümt Abhilfe zu schaffen.

**Verbandstag der süddeutschen Konsumvereine.**

k. Willingen, 31. Mai.

In dem Schwarzwaldstädtchen Willingen hielt der Verband süddeutscher Konsumvereine vom 28.—30. Mai seinen 42. Verbandstag ab. Es waren 190 Delegierte anwesend, die 77 Vereine vertraten. Die Stadt Willingen, die Handelskammer und das Bezirksamt Willingen hatten Vertreter entsandt. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ergänzte Verbandsdirektor P a r t s c h - M ü n c h e n . Der Bericht gibt ein Bild erfreulichen Aufschwungs und gewaltigen Fortschritts der dem Verband angeschlossenen Vereine. Unmittelbar nach der Kostrennung vom dem sogenannten „Allgemeinen Verbande“ bei Beginn des Jahres 1903, zählte der Verband 100 angeschlossene Vereine; bei Beginn des Jahres 1907 waren es dagegen 180 und anfangs 1908 waren es 208 Verbände. Diese verteilen sich auf die einzelnen Landesteile wie folgt: Baden 37, Bayern 78, Württemberg 54, Elsaß 5, Großherzogtum Hessen 20, Hessen-Nassau 13 und Bismarck 54 Vereine. Die Mitgliederzahl dieser 208 Vereine betrug mit Beginn des Jahres 1908 gegen 174 742, bei Bayern 60 888, bei Elsaß und Württemberg 63 560. Insgesamt beträgt die Mitgliederzahl 176 022 gegenüber 147 171 im Vorjahre. Die Zunahme beträgt demnach 28 851 gleich 19,6 Prozent.

Die Zahl der Verkaufsstellen ist von 439 im Vorjahre auf 498 in diesem Jahre gestiegen. In der Warenverteilung sind 1621 Personen beschäftigt, im Vorjahre waren es nur 1328. Eigene Produktion betrieben 35 Vereine, gegen 29 im Jahre 1907 und beträgt der Gesamtwert der selbstproduzierten Waren 5 400 520 M., was ein Mehr von 1 538 148 M. gegen 1907 ist. Der Verkaufserlös im eigenen Geschäft gestaltete sich folgendermaßen: 1907: 38 066 545 M. gegen 30 667 600 M. im Vorjahre, das ist eine Mehrung von 7 398 945 M. In dem Berichte wird besonders betont, daß die Mehrung nicht einzig und allein durch einen Mehrumsatz resp. Zuwachs an Mitgliedern erzielt wurde, sondern durch die bedeutende Steigerung der Preise für notwendige Lebensmittel. Das Lieferantengeschäft bleibt in der Entwicklung zurück, es wird aber noch immer von vielen Vereinen mit großer Vorliebe gepflegt. Es wurde ein Verkaufserlös von 9 937 202 M. erzielt gegenüber 9 499 328 M. im Vorjahre.

Der Brutto-Ertrag der angeschlossenen Vereine betrug im Berichtsjahre 7 810 111 M. gegen 6 678 510 M. im Vorjahre. Die Geschäftslasten betragen insgesamt 4 377 698 M. An Steuern wurden nicht weniger als 420 076 M. bezahlt, was der gerühmten „Steuerfreiheit“ der Konsumvereine sehr widerspricht. Die Reinerübrungen betragen: in Baden 411 295 M., Bayern 1 131 873 M., Elsaß und Württemberg 55 032 M., Großherzogtum Hessen 219 780 M., Hessen-Nassau 57 383 M. und in Bismarck, das in der Genossenschaftsbewegung in Süddeutschland an der Spitze steht, 1 568 080 M. Insgesamt betrug der Reinertrag 3 432 413 M., im Vorjahre nur 3 259 376 M. Die Bilanz stellt sich in Aktiva und Passiva auf 19 212 923 M.

In seinem mündlichen Bericht ging Herr Barth ausführlich auf das Verhältnis zum Allgemeinen (Crüger'schen) Verband ein und wendet sich gegen die Vorwürfe, der Zentralverband treibe sozialistische Propaganda und unterstütze die Sozialdemokratie materiell. Als Protest gegen diese Verleumdungen schlug Barth folgende Resolution vor:

Die Gegner der Konsumgenossenschaften suchen die Konsumgenossenschaftsbewegung dadurch zu schädigen, daß sie behaupten, die Konsumvereine seien sozialdemokratische Organisationen. Ein Beweis für diese Behauptungen wurde noch von keiner Seite erbracht. Auch auf dem Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Leipzig 1907 bestritt ein Diskussionsredner den Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ihre politische Neutralität und behauptete, sie hätten die Sozialdemokratie materiell unterstützt. Auch für diese Behauptung ist die in Aussicht gestellte Beweisführung bisher noch nicht erbracht. Der 42. Verbandstag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine vom 28. bis 30. Mai 1908 in Willingen erhebt gegen diese Verdächtigungen in entschiedenster Weise Protest. Er stellt fest, daß seine Ziele nie andere waren, als eine wirtschaftliche Kräftigung und Hebung der materiellen Lage seiner Mitglieder unter Beobachtung seiner Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber allen politischen Überzeugungen und religiösen Bekenntnissen der Einzelnen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Verbandstag stimmt ferner einer Erklärung des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu, die die Frage, wie sich der Zentralverband zu der Frage des Abschlusses von Tarifverträgen mit den Gewerkschaften und Gewerbevereinen stellt, dahin beantwortet: Voraussetzung von Tarifvereinbarungen ist, daß die betreffenden freien, christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften oder Gewerbevereine sich auf den gleichen Boden der Neutralität stellen, wie die Genossenschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, da eine Genossenschaft mit keiner Gewerkschaft in Tarifvertrag stehen kann, die in feindseliger Weise einen Teil der Genossenschaftsmitglieder von der Mitgliedschaft zur Gewerkschaft auch dann ausschließt, wenn die Mitglieder Arbeiter des durch die Gewerkschaften repräsentierten Berufes sind. Unter dieser Voraussetzung der beiderseitigen Neutralität bei der Aufnahme von Mitgliedern ist jeder Vorstand bereit, mit Gewerkschaften und Gewerbevereinen jeder Richtung Tarifvereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den genossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter abzuschließen.

Leber: „Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes und die Kapitalkraft der Konsumvereine“ referierte Verbandssekretär Kaufmann - Hamburg. Seine Ausführungen gipfeln in diesem: Durch das Kreditwesen werden die Warenpreise zu ungunsten der Konsumenten erhöht. Die Genossenschaften müssen deshalb den Grundfaß: Bargzahlung in jeder Richtung hochhalten. Um dies zu können, ist nötig, daß erstens die Konsumvereine ihren Geschäftsbetrieb nicht über ihre Kapitalkraft ausdehnen, und zweitens, daß das Betriebskapital gestärkt werde. In der Diskussion sprachen sich die Redner in demselben Sinne aus.

Dann hielt Jährig - München einen Vortrag über die Gründung von Bezirkskonsumvereinen. Er trat für die Gründung ein und schilderte die Vorteile der Bezirkskonsumvereine. Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten bei.

Zum Punkt „Heranziehung der Frauen in die Verwaltungsgänge der Konsumvereine“ referierte Frau Schmitz - München. Sie begründete folgenden Antrag:

„Der vom 28. bis 30. Mai in Willingen tagende Verbandstag süddeutscher Konsumvereine erkennt die Gründe, die die Frauen veranlassen, mehr als bisher Einfluß in den Konsumvereinen zu erlangen, an. Der Verbandstag erachtet es deshalb als seine Aufgabe, an die Verbände Vereine den Appell zu richten, soweit dies noch nicht geschehen, in Zukunft bei Wahlen für den Aufsichtsrat Sorge zu tragen, daß auch Frauen mit in die Verwaltungen bezogen werden.“

Die Diskussion über diese Frage war sehr eingehend. Die meisten Redner sprachen für Annahme der Resolution. Die weiteren Punkte der Tagesordnung haben kein allgemeines Interesse. Der Verbandsvorstand und die Revisionskommissionen wurden wiedergebirt. Der nächste Verbandstag findet in Frankfurt a. M. statt.

„Der vom 28. bis 30. Mai in Willingen tagende Verbandstag süddeutscher Konsumvereine erkennt die Gründe, die die Frauen veranlassen, mehr als bisher Einfluß in den Konsumvereinen zu erlangen, an. Der Verbandstag erachtet es deshalb als seine Aufgabe, an die Verbände Vereine den Appell zu richten, soweit dies noch nicht geschehen, in Zukunft bei Wahlen für den Aufsichtsrat Sorge zu tragen, daß auch Frauen mit in die Verwaltungen bezogen werden.“

Die Diskussion über diese Frage war sehr eingehend. Die meisten Redner sprachen für Annahme der Resolution. Die weiteren Punkte der Tagesordnung haben kein allgemeines Interesse. Der Verbandsvorstand und die Revisionskommissionen wurden wiedergebirt. Der nächste Verbandstag findet in Frankfurt a. M. statt.

**Das 8. badische Sängerbundesfest.**

Karlsruhe, 8. Juni.

Schon der Samstag Nachmittag brachte zahlreiche Sänger in Badens Residenz. Bereits um 6 Uhr begann im Eintrachtsaal die Prüfung der wettlingenden Vereine (Probefingen) vor den Preisrichtern, die am Sonntag Vormittag 7 Uhr fortgesetzt wurde. Abends 8 Uhr fand eine zwanglose, gefellige Zusammenkunft der Karlsruher Bundesvereine mit den eingetroffenen Festgästen im herrlich beleuchteten Stadtpark statt. Seinen offiziellen Anfang nahm das Sängerbundesfest am Sonntag Vormittag 11 Uhr durch die Begrüßungsfeier in der für diesen Tag in würdiger Weise geschmückten Festhalle. Auf dem großen, besonders für das Fest hergerichteten Podium hatten schon um 11 Uhr die Sänger der hiesigen Bundesvereine „Badenia“, „Concordia“, „Liederhalle“, „Liedertranz“ und „Männergesangverein“ Aufstellung genommen. Mit dem von ihnen machtvoll und padend gesungenen Sängerspruch des bad. Sängerbundes leiteten sie die Feier ein. Dann brachten sie unter der Leitung des Chormeisters der „Liederhalle“, Ludwig Baumann, den für das Bundesfest gedichteten und komponierten Festgruß „Der Heimat Sang, das deutsche Lied“ zum Vortrage. Die Dichtung zu dieser Komposition für Männerchor mit Sopran- und Baritonparten und großes Orchester ist von Theodor Albert Herzog. Die Liederhalle dieses Festgrußes, bei der die Solisten, Fräulein Elise Guhmann und Kammerfänger van Gorkom, die Chöre, sowie das Hoftheaterorchester sich vortrefflich bewährten, fand wohlverdiente Anerkennung. Alsdann ergriff Oberbürgermeister Siegel das Wort zu kurzer Ansprache: Seit der letzten Tagung Ihres Bundes in dieser Halle, die vor einem Menschenalter durch das zweite Sängerbundesfest ihre erste Weihe erhielt, sind dreizehn Jahre umflossen. Diejenigen unter Ihnen, welche seitdem ihren Fuß nicht mehr in die Residenz gesetzt haben, werden sich Manches hier verändert finden, werden sehen, wie mächtig sich unsere Stadt gedeiht und erweitert hat, so daß jetzt die grünen Hügel des Vaters Rhein ihre Bemerkung bespülen. Aber so viele Veränderungen auch diese Entwicklung mit sich gebracht hat, so werden Sie sich doch, wie ich guberfichtlich hoffe, davon überzeugen können, daß die Stadt Karlsruhe die zuverläßige und feste Stütze des badischen Sängerbundes, die sie stets war, auch jetzt geblieben ist, daß die Liebe zum deutschen Lied und die Pflege des deutschen Sanges in den Herzen unserer Bürgerschaft kräftig weiter wuchert, blüht und gedeiht, und daß auch die, welche an diesem edeln Kultus nicht selbst tätigen Anteil nehmen, ihm die wärmsten Sympathien und die größte Wertschätzung entgegenbringen. In dieser Gefinnung heiße ich Sie alle, hochverehrte Festgäste, herzlich willkommen!

Darnach richtete an die Festversammlung Bundespräsident Sauerbed eine Ansprache, in welcher es u. a. hieß: Schreiben wir denn zur Tat! Was seit dem letzten Feste in uns, in dem Einzelnen wie der Gesamtheit, sich vollzogen: das Vorwärtsdrängen nach Verwollkommenung, die Zukunftswünsche und -träume — all dies soll heute Ereignis werden. Legen Sie Zeugnis ab von Ihren Fortschritten seit 1903, erfreuen Sie uns mit recht glänzenden Leistungen. Diese Rede bildete den Abschluß der Begrüßungsfeier. An sie schloß sich unmittelbar das 1. Wettgesangs-konzert. Dasselbe begann kurz nach 12 Uhr und dauerte bis gegen 11 Uhr. Es traten zahlreiche Vereine miteinander in Konkurrenz und zwar sangen in der Abteilung „Volksgefang für Landvereine“ 10 Vereine, in der Abteilung „Einfacher Volksgefang für Stadtvereine“ 10 Vereine. Um 1/4 Uhr begann das 2. Wettgesangs-konzert. Zunächst wurde das Wettgesangs-konzert in der Abteilung „Erfchwörter Volksgefang für Stadtvereine“ mit 10 Vereinen fortgesetzt. Daran schloß sich der Wettkampf auf dem Gebiete des Kunstgefangs. Hier nahen 7 Vereine ihre Kräfte. Nach Beendigung der Wettgesangs-konzerte versammelten sich zahlreiche Festteilnehmer zu einem Festkonzerte im Stadtpark. Andere hatten sich in das Hoftheater begeben, um der Festvorstellung „Rannhäuser“ anzuwohnen. — Abends 8 Uhr war Stadtparkfest.

Am zweiten Festtage fanden sich die Sänger um 11 Uhr im großen Saale der Festhalle zum Festkonzert zusammen. Zu demselben hatten sich wiederum zahlreiche Festgäste eingefunden. Das Konzert, das als der Mittelpunkt des Bundesfestes bezeichnet werden darf, stand unter der Leitung des Festdirigenten, Professors Julius Scheidt. Als Solisten wirkten die Konzertfängerin Frau Martha Schauer-Wegmann-Breslau, Kammerfänger van Gorkom und Hofopernfänger Tänzer mit. Das Orchester war die Hoftheaterkapelle, deren am Bundesfest teilnehmenden Vereinen gesungen. Unter der sicheren Führung des Professors Scheidt nahm das Festkonzert einen bedeutenden Verlauf, der nicht nur Zeugnis dafür ablegte, daß sein musikalischer Leiter der schweren Aufgabe, die ihm die Uebernahme des Amtes als Festdirigent stellte, in vollem Maße gerecht zu werden verstand, der auch glänzend bewies, daß das Verständnis für den Männergefang in weite Kreise unseres Volkes eingedrungen ist und ihm ein Material nicht nur ausgezeichneter Stimmen, sondern von Sangesfreunden in des Wortes bester Bedeutung zugeführt hat. Das Programm des Konzertes brachte in seiner ersten Abteilung „Mahomed's Gefang“ für Männerchor und großes Orchester, „Kempfer“, „Maientag“ von Schaub, „Waldfönig“ von Lesch, „Drei Rosen und drei Lilien“ von S. R. Schmid, „Der brave Reitersmann“ von Sülzer, „Landerkennung“ für Männerchor, Baritonparten und großes Orchester von Herr van Gorkom, und großes Orchester von Grieg, „Das stille Tal“ von Langer, „Ewig liebe Heimat“ von Bräu und „Segenswunsch“ von Weingier. Die zweite Abteilung bildete eine hervorragende Komposition von Heinrich Jöllner: „Columbus“ für Männerchor, Sopran, Bariton und Tenorparten und großes Orchester. Die Uebergabe dieses Werkes des genannten Komponisten, eines Anhängers der Wagner'schen Richtung und ausgezeichneten Instrumentators, war von padender Wirkung. Die hiesigen Stellen der musikalischen Dichtung verrieten seines Empfinden und ein tiefgehendes Erfassen seiner feinsten Stimmung. Die dramatischen Stellen waren von padender Wucht in ihren gesanglichen wie in ihren instrumentalen Teilen. Nach Schluß der Aufführung spendete das Publikum, noch unter dem Eindruck der gewaltigen Komposition Jöllners stehend freudigen Applaus, der sich schließlich zu einer Ovation des Festdirigenten Scheidt gestaltete. Die Anerkennung, welche dem Festdirigenten zollt wurde, fand ihren besonderen Ausdruck noch darin, daß er drei große Lorbeerkränze erhielt.

Nach dem offiziellen Festprogramm fand nachmittags ein Festzug statt. In vier Abteilungen war der Zug gegliedert und in ihn reichten neben dem Bundespräsidenten, den Hauptauschüssen, Deputationen über 80 Vereine mit ihren Fahnen und zahlreichen Musikkapellen. Der Zug nahm seinen Weg von der Karl-Friedrichstraße durch eine Reihe Straßen der Stadt; seinen Endpunkt erreichte der Zug auf dem Marktplatz. Von dort aus begaben sich die Sänger nach der Festhalle, woselbst gegen 6 Uhr die Verlobung des Urteils der Preisrichter stattfand. Bundespräsident Sauerbed gab hierauf die Entscheidung des Preisgerichts bekannt. Das Ergebnis war folgendes:

1. Volksgefang für Landvereine. 1. Preise: Gefangverein Gagenau und Sängerbund St. Georgen i. Sch. mit je 86 Punkten; 2. Preise: a) Liederfahle Aue mit 70 1/2 Punkten, b) Liedertranz Karlsdorf mit 75 P., c) Sängerbund Dorf-Neßl mit 70 1/2 P., d) Liedertranz Dinglingen mit 80 1/2 Punkten, e) Eintracht Neudorf mit 83 P., f) Rhemus Rachen mit 90 1/2 P. — 2. Einfacher Volksgefang für Stadtvereine: 1. Preise: Concordia Baden-West mit 48 P., b) Liedertranz Mehr mit 50 1/2 P., c) Liedertranz Ladenburg mit 63 1/2 P., d) Cäcilia Bruchsal mit 64 1/2 P., e) Eintracht Freiburg mit 65 P., f) Liedertranz Weitten mit 65 P., g) Sängerrunde Inmmental-Freiburg mit 71 P. — 3. Erfchwörter Volksgefang für Stadtvereine 1. Preise: a) Deutscher Liedertranz Basel 47 P., b) Liederfahle Stadt Neßl 50 1/2 P., c) Männerchor Willingen 52 1/2 P., d) Liedertranz Freundschaft Mastatt 64 1/2 P., e) Frohsinn-Weitten 56 P., 2. Preise: a) Nähmaschinenbauer Durlach 59 P., b) Liederfahle Wertheim 59 1/2 P., c) Frohsinn-Schramberg 60 P., d) Eintracht-Neuenheim 62 1/2 P., e) Gefangverein Schopheim 63 P., f) Eintracht Pforzheim 64 1/2 P., g) Männergesangverein Wühl und Arbeiterbildungsverein Freiburg 65 P., h) Sängerbund Heidelberg 65 1/2 P., i) Männergesangverein der Artilleriemerkstätte Straßburg 66 1/2 P., k) Liedertranz Schwelmen 68 P., l) Männergesangverein Singen a. S. 69 P., m) Liederfahle Ettlingen 72 1/2 P., n) Arbeiterbildungsverein Lafr 74 1/2 P., o) Badenia Konstanz 87 1/2 P. — 4. Kunstgefang: 1. Preise: a) Männergesangverein Straßburg 48 P., b) Concordia Freiburg 47 P., c) Sängerkonzert Pforzheim 50 1/2 P., d) Liedertranz Bruchsal 54 P., e) Concordia Lafr 56 P., 2. Preise: a) Concordia Offenburg 66 1/2 P., b) Sängerbund Hohenbaden Baden-Baden 69 Punkte.

Den Abschluß des Sängerbundesfestes bildete das abends 8 Uhr in der Festhalle abgehaltene Festbankett.

„Auf Ihren Artikel ist zu erinnern: Wahr ist es, daß der alte kräftige Mann aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde, weil er das 4. Kirchengelot nicht erfüllte. Auch alte kräftige Männer sind von diesem Gebote nicht dispensiert. Der Artikel schreibt aber:

„Wenn man aber der Sache näher auf den Grund geht so kommt man auf die eigentliche Ursache, warum der Mann zum „großen Leidwesen“ ausgeschlossen wurde. Der alte Mann hat nämlich vor ein paar Tagen Armenunterstützung erhalten und hat infolgedessen sein Wahlrecht einbüßen müssen und so was braucht der katholische Arbeiterverein Mitgliedschaft, die kein Stimmrecht haben?“

Wie unklar und grundlos diese Behauptung ist, wird schlagend dadurch bewiesen, daß der Präses und sämtliche Vorstandsmitglieder von der Armenunterstützung Schröders erst durch den Artikel im „Volksfreund“ Kenntnis erhalten haben.

Es wird weiter behauptet: Bei der letzten Wahl hat man im Auftrag des Herrn Präses den kranken Mann zur Abstimmung geholt. Dem gegenüber haben wir zu erwidern: Niemand hat vom Präses den Auftrag erhalten, den kranken Mann zur Abstimmung zu holen.

Weiter heißt es in dem Artikel: Wir meinen, es wäre jedenfalls eine christliche Tat gewesen, wenn die Herren den

„Christen“ von heute.

Zu unserem jüngsten Artikel unter obiger Spitzmarke in Nummer 126 unseres Blattes vom 1. Juni schreibt uns der Vorstand des katholischen Arbeitervereins in Forchheim wie folgt:

„Auf Ihren Artikel ist zu erinnern: Wahr ist es, daß der alte kräftige Mann aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde, weil er das 4. Kirchengelot nicht erfüllte. Auch alte kräftige Männer sind von diesem Gebote nicht dispensiert. Der Artikel schreibt aber:

„Wenn man aber der Sache näher auf den Grund geht so kommt man auf die eigentliche Ursache, warum der Mann zum „großen Leidwesen“ ausgeschlossen wurde. Der alte Mann hat nämlich vor ein paar Tagen Armenunterstützung erhalten und hat infolgedessen sein Wahlrecht einbüßen müssen und so was braucht der katholische Arbeiterverein Mitgliedschaft, die kein Stimmrecht haben?“

Wie unklar und grundlos diese Behauptung ist, wird schlagend dadurch bewiesen, daß der Präses und sämtliche Vorstandsmitglieder von der Armenunterstützung Schröders erst durch den Artikel im „Volksfreund“ Kenntnis erhalten haben.

Es wird weiter behauptet: Bei der letzten Wahl hat man im Auftrag des Herrn Präses den kranken Mann zur Abstimmung geholt. Dem gegenüber haben wir zu erwidern: Niemand hat vom Präses den Auftrag erhalten, den kranken Mann zur Abstimmung zu holen.

Weiter heißt es in dem Artikel: Wir meinen, es wäre jedenfalls eine christliche Tat gewesen, wenn die Herren den

„Auf Ihren Artikel ist zu erinnern: Wahr ist es, daß der alte kräftige Mann aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde, weil er das 4. Kirchengelot nicht erfüllte. Auch alte kräftige Männer sind von diesem Gebote nicht dispensiert. Der Artikel schreibt aber:

„Wenn man aber der Sache näher auf den Grund geht so kommt man auf die eigentliche Ursache, warum der Mann zum „großen Leidwesen“ ausgeschlossen wurde. Der alte Mann hat nämlich vor ein paar Tagen Armenunterstützung erhalten und hat infolgedessen sein Wahlrecht einbüßen müssen und so was braucht der katholische Arbeiterverein Mitgliedschaft, die kein Stimmrecht haben?“

Wie unklar und grundlos diese Behauptung ist, wird schlagend dadurch bewiesen, daß der Präses und sämtliche Vorstandsmitglieder von der Armenunterstützung Schröders erst durch den Artikel im „Volksfreund“ Kenntnis erhalten haben.

Es wird weiter behauptet: Bei der letzten Wahl hat man im Auftrag des Herrn Präses den kranken Mann zur Abstimmung geholt. Dem gegenüber haben wir zu erwidern: Niemand hat vom Präses den Auftrag erhalten, den kranken Mann zur Abstimmung zu holen.

Weiter heißt es in dem Artikel: Wir meinen, es wäre jedenfalls eine christliche Tat gewesen, wenn die Herren den

„Christen“ von heute.

Zu unserem jüngsten Artikel unter obiger Spitzmarke in Nummer 126 unseres Blattes vom 1. Juni schreibt uns der Vorstand des katholischen Arbeitervereins in Forchheim wie folgt:

„Auf Ihren Artikel ist zu erinnern: Wahr ist es, daß der alte kräftige Mann aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde, weil er das 4. Kirchengelot nicht erfüllte. Auch alte kräftige Männer sind von diesem Gebote nicht dispensiert. Der Artikel schreibt aber:

„Wenn man aber der Sache näher auf den Grund geht so kommt man auf die eigentliche Ursache, warum der Mann zum „großen Leidwesen“ ausgeschlossen wurde. Der alte Mann hat nämlich vor ein paar Tagen Armenunterstützung erhalten und hat infolgedessen sein Wahlrecht einbüßen müssen und so was braucht der katholische Arbeiterverein Mitgliedschaft, die kein Stimmrecht haben?“

Wie unklar und grundlos diese Behauptung ist, wird schlagend dadurch bewiesen, daß der Präses und sämtliche Vorstandsmitglieder von der Armenunterstützung Schröders erst durch den Artikel im „Volksfreund“ Kenntnis erhalten haben.

Es wird weiter behauptet: Bei der letzten Wahl hat man im Auftrag des Herrn Präses den kranken Mann zur Abstimmung geholt. Dem gegenüber haben wir zu erwidern: Niemand hat vom Präses den Auftrag erhalten, den kranken Mann zur Abstimmung zu holen.

Weiter heißt es in dem Artikel: Wir meinen, es wäre jedenfalls eine christliche Tat gewesen, wenn die Herren den

4. Das Verhalten des Zentrumsblattes „Landmann“ war ein gemeinsames, weil es, ohne einen Schein von Beweis, behauptet, einige Genossen hätten ihr Bier beim Weggehen nicht bezahlt. Ueberrigens stimmen die Angaben, die die Kellnerin dem Herrn Köhling auf dessen Verlangen gemacht hat, mit den uns gegenüber gemachten in keiner Weise überein; sie klingen für Herrn Köhling überhaupt nicht gerade schmeichelhaft.

Wir verweisen nochmals auf die Verurteilung eines alten, angesehenen Ettlinger Zentrumsmanne, welche dahin lautete: „Wenn es hier (in der Versammlung) zu Erzeissen gekommen wäre, könnte er niemandem die Schuld geben, wie Herr Köhling“ — also dem „christlichen“ Verbandsleiter.

**Württemberg.**

Zur württembergischen Volksschulnovelle sagt die „Schwäbische Tagwacht“ noch: In Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung sind die Kinder der Minderheitskonfession in den Mittel- und Hilfschulen zugelassen, wenn sie nicht eine eigene Konfessionsschule haben. Bei den Volksschulen bleibt die konfessionelle Scheidung voll aufrecht erhalten.

Die Gemeinden sind befugt, für die Volksschulen ein Schulgeld im Rahmen von 1 bis 3 Mk. zu erheben. Für Fortbildungs- und Hilfschulen darf kein Schulgeld erhoben werden. Aus der Gemeindefasse sind für jeden Volks- und Fortbildungsschüler 50 Pf. zu zahlen.

Bei mehr als 70 Schülern sind 2 Lehrer, bei mehr als 160 Schülern 3, bei mehr als 240 Schülern 4 und für jede weiteren 80 Schüler ein weiterer Lehrer anzustellen. In einklassigen Schulen ist bei mehr als 40, in mehrklassigen bei mehr als 70 Schülern Abteilungsunterricht einzuführen. In einklassigen Schulen mit Abteilungsunterricht bilden 80 Schüler (seit 120), in mehrklassigen 90 (130) die Höchstzahl.

Die örtliche Schulaufsicht steht der Ortsschulbehörde zu. Sie wird im Namen der Ortsschulbehörde von dem zum Mitvorsitzenden berufenen Geistlichen oder dem Bezirksschulinspektor ausgeübt. Umfasst die Volksschule in einer Gemeinde 70 oder mehr Klassen, so kann die Ortsschulbehörde bestimmte Geschäfte der örtlichen Aufsicht einem Lehrer, der die Qualitäten zum Bezirksschulinspektor hat, zur halbstündigen Erledigung übertragen. Die Ortsschulbehörde bleibt konfessionell. Sie besteht aus dem Ortsgeistlichen (nur einem), dem Ortsvorsteher, dem Bezirksschulinspektor, einigen Lehrern und einigen gewählten Bürgern.

Die Bezirksschulaufsicht wird im Hauptamt durch Fachmänner ausgeübt, die dem Bekenntnis der Lehrer angehören. Die Bezirksschulinspektor werden auf Lebenszeit angestellt.

An Stelle des Konfistoriums tritt eine neu zu bildende Oberschulbehörde. Bei der katholischen Volksschule bleibt es beim katholischen Kirchenrat. In der Ortsschulaufsicht fällt das Technische weg und in Orten mit sieben und mehr Lehrern kann einer davon, der die Befähigung zur Vernehmung der Bezirksschulaufsicht besitzt, mit der örtlichen Leitung beauftragt werden.

**Neues vom Tage.**

München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getötet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt.

Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Noheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt. Als das in diesem Hause wohnende Ehepaar Almendinger nach 12 Uhr in Begleitung ihres Neffen in die Wohnung zurückkehrte, wurden sie unterwegs von dem Mechaniker Schred angehalten und beschimpft. Almendinger, welcher Schred aufforderte, seinen Weg zu gehen, wurde von diesem mit einem Messer in die rechte Kopfseite gestochen, so daß er blutüberströmt zu sammenbrach. Die Frau des Almendinger, welche den Angreifer beruhigen wollte, erhielt von diesem einen Stich in den Hals in der Nähe des Kehlkopfes. Die Frau starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Der Polizei ist es bereits gelungen, den Täter zu verhaften.

Stettin, 6. Juni. In der Ober wurde gestern Nachmittag die Leiche eines nackten Knaben, in einen Sack eingeschürzt, aufgefunden. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß es sich um den vierjährigen unehelichen Sohn Willi der 27-jährigen Arbeiterin Frau Pauline Krause handelt. Letztere wurde unter dem Verdacht, ihr Kind ertränkt zu haben, verhaftet. Der kleine Willi war von seiner Mutter oft in unmenschlicher Weise mißhandelt worden.

Zabrze, 6. Juni. Auf der Ruib-Grube ereignete sich ein schweres Unglück. Durch giftige Gase fanden vier Bergleute den Tod. Drei andere erlitten bei dem jedesmaligen Versuch, einer den anderen zu retten, darunter ein Vater und sein Sohn. Die Leichen sind sämtlich geborgen.

Wien, 6. Juni. In der Cellulose-Fabrik von Seiler fand heute eine furchtbare Explosion statt. Die Fabrik ist zum größten Teile eingestürzt und zahlreiche Arbeiter unter den Trümmern begraben. Bisher wurden 17 Tote und 10 Schwerverletzte geborgen. Viele Arbeiter sind leichter verletzt. Unter den Trümmern vermutet man noch weitere Opfer.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt: Die schrecklichste Katastrophe, die seit dem Ringtheaterbrand in Wien wütete, hat sich ereignet. Eine Fabrik, in der Zellulose verarbeitet wird, geriet durch einen jähen Fünfschlag in Flammen und ehe man das Unglück auch nur recht gewahr wurde, waren siebenzehn blühende Menschenleben, die wenige Minuten vorher noch heiteren Gemütes bescheidenen Pfingstfreuden entgegengegrüßt hatten, verlohnte Leichen. Arbeiter und Arbeiterinnen sind die Todesopfer. Für großen Lohn schwer radernde Proletarier sonen erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Rudapest, 8. Juni. Aufsehen erregt hier ein Vitriol-Attentat, welches auf offener Straße gegen eine Sängerin der komischen Oper, Anna Kallia, verübt wurde. Die Täterin, die flüchtete, soll die Gattin eines Universitäts-Professors sein, der zu der Sängerin Beziehungen unterhielt.

Elle, 8. Juni. Bei einem Maskenfest in La Madelaine fingen die Kostüme von 7 als Katzen verkleideten Personen, durch die Unvorsichtigkeit eines Rauchers Feuer. Alle 7 Personen wurden durch die Unvorsichtigkeit eines Rauchers Feuer. Alle 7 Personen wurden durch die Unvorsichtigkeit eines Rauchers Feuer.

Brüssel, 9. Juni. In der Nähe von Rochefort kollidierte bei der Kreuzung der Straße mit der Landstraße die Lokomotive eines Quads mit einem von 7 Personen besetzten Krenfer.

**Der liebe Gott und die Väter.**

Am Himmelfahrtstag hat die „Freie Väter-Annung Pforzheim“ ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert. Festredner war der Stadtpfarrer Gach. In der Fahnenerhebung ist die parzerliche Mithorik über diese Sätze gestolpert: „Der Väterstand ist aber geradezu unentbehrlich. Er ist unser Herrgotts Handlanger und Vermittler. Zwischen ihm, der die Frucht wachsen läßt, und zwischen den Menschen, die sie als Brot nicht müssen können, ist der Väter die

Mittelsperson, die in schwerer Arbeit, bei Nacht, wenn andere Menschen ruhen, das Brot herstellt.“ Die ehrfamen Meister vom Baktrog werden lachen, daß sie der Herr Stadtpfarrer auf eine feine Ausrede aufmerksam gemacht hat. Wenn sie nämlich — um einen Biß unserer letzten „Knallerbs“ aufzupolieren — die Milchprobe jetzt so klein machen, daß ein eingebadener „Schwobefäßer“ links und rechts die Beine rausstreckt, so sind sie nicht die eigentlichen Schuldigen, daß sie ja nur „unser Herrgotts Handlanger und Vermittler“ sind. Die Leute sollen beim „Meister“, dem lieben Gott, reklamieren.

**Kommunalpolitik.**

Der beleidigte Rindvieh-Versicherungs-Verein. Sehr empfindlich ist die Verwaltung des Rindvieh-Versicherungsvereins in Teutschneureuth. Es trug sich hier folgender Fall zu:

Ein Mitglied des Vereins wurde von einem Unglücksfall betroffen in seinem Viehstand und verlangte Schadenersatz. Die Verwaltung lehnte dies ab. Der Geschädigte sammelte statutengemäß 15 Unterschriften und wurde nun mittels Handzettel eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. In der Versammlung ging es recht aufgeregt zu; selbst der Vorstand glaubte jedes sprechende Mitglied unterbrechen zu müssen. Es wäre daher dem Vorstand des Rindvieh-Versicherungsvereins sehr zu empfehlen, sich erst einmal über die Geschäftsordnung zur Leitung einer Versammlung die nötigen Kenntnisse zu verschaffen. Ein Mitglied des Vereins, dem ähnliche Fälle zu Ohren gekommen sind, verlangte, daß die Verwaltung hierüber Aufklärung geben soll, bevor der vorliegende Fall behandelt wird, indem ausnahmsweise die heutige Versammlung den früheren gegenüber, wo gewöhnlich nur die Verwaltung anwesend war, mit circa 150 Mitgliedern besucht sei. Hierüber geriet die gesamte Verwaltung aus Rand und Band und nahm diesen Antrag als Beleidigung auf. Die Rindvieh-Versicherungsvereinsversammlung verlief daher resultatlos. Wir glauben, für einige Mitglieder wäre es besser gewesen, sie hätten ihre Rufe in die Versammlung geschickt; diese hätte vielleicht mehr Verständnis für den Fall gehabt.

Bei der Beleidigungsverhandlung vor dem hiesigen Bürgermeisteramt nannte der Vorstand des Rindvieh-Versicherungsvereins den Angeklagten einen Lügner und meinte, er hätte bei der Versammlung nicht in der Versammlung vorbringen, sondern zu ihm in die Wohnung kommen sollen. Es stellte sich aber bei der Verhandlung heraus, daß einer der erwähnten Fälle auf Wahrheit beruht. Es wurde dem Angeklagten gegenüber von Seiten eines Verwaltungsratsmitgliedes betont, daß man nicht verpflichtet gewesen wäre, damals den betreffenden zu entschuldigen. Die Verwaltung des Vereins hat aber kein Recht, ohne Vereinsbeschluß derartige Gelder zu bewilligen. Wir können uns den Ausführungen der Frau O. anschließen, welche bei der Versammlung betonte, daß beim Rindvieh-Versicherungsverein nach G u n t e n gehandelt wird. Herr Bürgermeister Baumann mußte den drei Klägern aus der Verwaltung begreiflich machen, daß das doch keine Beleidigung sein könne, wenn ein Mitglied über Fälle, die ihm zu Ohren gekommen, in einer Versammlung Aufklärung verlangt. Damit ist die Verwaltung des Rindvieh-Versicherungsvereins abgestummt und — braucht für den Spott nicht zu sorgen.

**Badische Chronik.**

Durlach. 8. Juni. Die morgige Sprechstunde des Arbeitersekretärs fällt wegen anderweitiger Inanspruchnahme desselben aus.

Ettlingen. 8. Juni. Die für die „Christen“ mit so wenig Erfolg verlaufene Sam-Tam-Versammlung macht denselben immer noch gewaltiges Rauchwerk. Wir begreifen ja ihre prekäre Lage und sind zur Milde gestimmt. Wir wollen im Interesse der geschätzten, christlich organisierten Arbeiter alles das, was ihr Führer Köhling, aus dessen Feder wohl die gestern vom „Landmann“ uns gewidmeten 208 Zeilen stammen, in einer für einen Führer nicht empfehlenswerten Raibität in der öffentlichen Versammlung ausplauderte, nicht verwenden. Daß auch in diesem „Landmann“-Artikel wieder mit Unwahrheiten operiert wird, ist nach Lage der Verhältnisse selbstverständlich; verzeihen wir dem armen Schluder, der die Zeitung zu einem Schuttplateausplatz machen muß. Die Herren haben eben verflucht schlecht abgeschrieben und daran ändert alle Verdröhung der Tatsachen nichts.

Wir wollen diese Tatsachen in nachfolgenden Sätzen kurz zusammenfassen:

1. Das Verhalten der christlichen Verbandsleitung bei der Lohnbewegung der Spinn- und Weberei war ein erbärmliches, weil sie die Tagelöhner ohne Deckung seitens des Verbandes allein vorstieß.

2. Das Verhalten des Verbandsleiters Köhling war noch erbärmlicher, weil er durch sein unqualifiziertes Beharren in der betr. Versammlung den Genossen Schneiden an der von ihm (Köhling) verlangten Beweisführung hinderte.

3. Das Verhalten des gleichen Gewerkschaftsbeamten war ein feiges, weil er weder Diskussion gestattete noch dem mitteilbarsten Genossen Leppert das Wort erteilte.

4. Das Verhalten des Zentrumsblattes „Landmann“ war ein gemeinsames, weil es, ohne einen Schein von Beweis, behauptet, einige Genossen hätten ihr Bier beim Weggehen nicht bezahlt. Ueberrigens stimmen die Angaben, die die Kellnerin dem Herrn Köhling auf dessen Verlangen gemacht hat, mit den uns gegenüber gemachten in keiner Weise überein; sie klingen für Herrn Köhling überhaupt nicht gerade schmeichelhaft.

Wir verweisen nochmals auf die Verurteilung eines alten, angesehenen Ettlinger Zentrumsmanne, welche dahin lautete: „Wenn es hier (in der Versammlung) zu Erzeissen gekommen wäre, könnte er niemandem die Schuld geben, wie Herr Köhling“ — also dem „christlichen“ Verbandsleiter.

**Rastatt.**

8. Juni. Die auf Mittwoch angeordnete Parteiverammlung muß Umstände halber verschoben werden, und findet dieselbe am Mittwoch, 17. ds. Mts., statt. Parteisekretär Trint wird einen Vortrag halten über: „Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung“. Wir erwarten vollzähligen Besuch der Versammlung.

Diejenigen, welche das badische Staatsbürgerrecht erwerben wollen, ersuchen wir, sich an den Genossen Rank, Werderstraße 25, zu wenden. Die schriftlichen Arbeiten erfolgen kostenlos. Die Volkfreundler bitten wir, dieses ihren Kollegen mitzuteilen.

**Freiburg.**

8. Juni. Eine öffentliche Volksversammlung findet morgen im „Löweneller“ statt, in welcher Genosse Peitotes, Stadtrat aus Strahburg, über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung“ spricht. Da Genosse Peitotes als Redakteur und Stadtrat auf eine langjährige Erfahrung zurückblickt, so wird der Vortrag interessant und lehrreich. Wir bitten die Genossen, eifrig zu agitierten und zahlreich zu erscheinen. (Siehe Inserat!)

Das Kriegsgericht der 29. Division verurteilte den 1886 in Riga geborenen Sängler Otto Peterlofer (Bewohner des Stadtviertels), der 1880 vom Konstanzer Infanterie-Regiment desertierte und sich im laufenden Jahre freiwillig stellte, zu 6 Monaten Gefängnis und Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

Jell a. G., 8. Juni. Ein schweres Gewitter ging am Sonntag mittags 3 Uhr im Darnersbachthal nieder. Es fielen Hagelkörner so groß wie Taubeneier, welche an Bäumen und Feldfrüchten großen Schaden anrichteten. Im benachbarten Steinach schlug der Hagel in ein Wohnhaus und zündete. Seit Menschengedenken hat ein Gewitter noch keinen solchen Schaden angerichtet, wie das gestrige.

Schuttern. Der 71 Jahre alte Landwirt Josef Mubler wurde auf freiem Felde vom Blitze erschlagen.

Schnaan, 8. Juni. In Schnaan brannten zwei Bauernhöfe nieder. Der Schaden soll etwa 50 000 Mk. betragen und nur zum geringen Teile durch Versicherung gedeckt sein.

Donauerschlingen, 4. Juni. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß im nahen Hüfingen der Sohn reicher Leute im Geschäft der Firma J. Freilich Söhne in Hüfingen eine Kiste Zigarren gestohlen hat. Derselbe wurde vom Geschäftsinhaber auf der Tat erwischt. Die Polizei von Hüfingen weiß davon.

Frage: Wie kommt es, daß der Arm der Justitia, die doch verbundene Augen hat, hier nicht zugreift? Antwort: Sie hat in dem Fall unter der Binde vorgegriffen und gesehen, daß es leider keine arme Frau war, die aus Not sich an fremdem Eigentum vergreifen hat, sondern ein Reicher, der Sohn eines angesehenen Gemeinderates.

So wie sonst in der Welt im Großen, so in Hüfingen im Kleinen. Der Gendarm streift seinen Schnurrbart nur für's Lumpengefindel; sonst ist er gar nicht so.

Donauerschlingen, 8. Juni. Hier wurde eine Augenoffenheit geheilt.

Ueberlingen, 8. Juni. In der Notbelferschen Sägerei geriet der 16jährige Heizer Häuler in die Transmission und wurde durch sie förmlich zermalmt. Der Unglückliche dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Mannheim, 8. Juni. Die Pfingstfeiertage sollten nicht ohne Totschlagaffäre vorübergehen. In der erst kirchlich eröffneten Wirtschaft zur „Rheinlust“ (an der Rheinbrücke) gerieten in der Nacht zum 2. Pfingstfeiertage 3 Matrosen mit 1 Kapitän in Streit. Der Wirt wollte Ruhe gebieten, die Matrosen drangen aber hierauf auf den Wirt ein und schlugen mit Stöcken darauf los. Der Kapitulante des Wirtes, ein 19 Jahre alter Bursche, Namens Hätti, sprach dem Wirt zu Hilfe und verlegte dem 19 Jahre alten Matrosen Peter Kerke dring von Rotterdamm einen Schlag auf den Hinterkopf. Der Geschlagene stürzte zusammen und gab bald darauf seinen Geist auf. Der Bursche, wie auch die beiden Matrosen, welche sich an der Schlägerei beteiligt hatten, wurden durch die bald darauf herbeigeeilte Polizei verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Es steht noch nicht fest, ob der Getötete dem Schläge des Burschen erlegen ist oder ob er von dem Stuhle eines seiner Kollegen getroffen wurde, hierüber dürfte erst die Section Aufschluß geben. Die Rheinlust gehört zu den besseren Wirtschaften, Schifferkreise verkehren nur selten.

Schriesheim, 9. Juni. Ein tödlicher Automobilfall ereignete sich gestern gegen Abend in unserem Orte. Ein Automobil der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen kam von Heidelberg und war eben einem Fußwärtler ausgewichen. Der Chauffeur war infolgedessen ziemlich nahe an den Straßenrand gefahren. Der Besizer des Autos gab mit der Trompete ein Zeichen und hiervon angelockt sprang ein 12 Jahre altes Mädchen direkt in die Fahrtrichtung des Autos hinein. Das Schicksal des Wagens stieß dem Kinde vor den Kopf, es wurde hierdurch eine Strecke weit zurückgeschleudert und blieb dann verunglückt liegen. Das Schicksal hatte dem Kinde die Hirtin schale zerschmettert und es starb nach einer halben Stunde. Der Chauffeur wurde verhaftet und bald darauf gegen Stellung einer Kaution auf freien Fuß gesetzt. Die Staatsanwaltschaft Mannheim begab sich noch gestern Abend an den Totort.

4 Personen und 2 Pferde wurden sofort getötet, 3 Personen schwer verletzt. Die Schuld trifft ein 11jähriges Mädchen, das seit drei Wochen die franke Mutter als Schrankenwärterin vertrat.

Mailsand, 9. Juni. Gestern Nachmittag stieß bei der Haltestelle Moccopetra auf der Linie Robarro-Barallosefia ein Personen- mit einem Güterzuge zusammen. Von den 200 Passagieren des Personenzuges wurden 6 sofort getötet und etwa 70 verwundet. Zahlreiche Personen sind schwer verletzt.

Newport, 8. Juni. Durch den vorgestrigen Orkan, welcher in den Staaten Nebraska und Kansas großen Schaden anrichtete, sind 21 Personen getötet und viele verletzt worden. 75 Wohnhäuser wurden zerstört.

Gewitter und Wolkenbrüche.

Jena, 6. Juni. Schwere Gewitter mit Hagelschlag und Sturm sind gestern über verschiedenen Thüringer Orten niedergegangen. Viele Dächer wurden abgedeckt, Bäume entwurzelt. Auch Weimar und seine Umgebung sind von dem Gewittersturm betroffen worden.

Wien, 8. Juni. Die Stadt Mädling wurde am Samstag Nachmittag von einer furchtbaren Wetterkatastrophe heimgesucht. Ein Wolkenbruch setzte innerhalb einer halben Stunde alle Straßen unter Wasser. Keller und Souterrain-Wohnungen mußten geräumt werden. Durch ein später niedergehenes Hagelgewitter wurden viele Fensterscheiben zertrümmert. Auch in den Weinbergen richtete der Hagel enormen Schaden an, ebenso in den Gärten und an den Obstbäumen. In Brunned und Außerfern gingen am Samstag gleichfalls heftige Unwetter mit Hagelschlag nieder. In Brunned ist die ganze Ernte vernichtet. Der Schaden ist sehr hoch. In Außerfern ist der Verkehr stellenweise unterbrochen. Auch über Debnburg entlud sich ein furchtbarer Wolkenbruch. Mehrere Gebäude wurden durch Blitzschlag in Brand gesetzt. Ebenso gingen am Samstag über Wien und Umgebung schwere Gewitter nieder. Einzelne Straßenteile wurden unter Wasser gesetzt und tiefer gelegene Wohnungen überschwemmt. Besonders arg hauste das Unwetter im Bientale. Erheblich war der Temperatur-Rückgang auf den Bergshöhen. In Höhen über 3000 Meter trat Frost und Schneefall ein. Auch über Prüz und Umgebung ging ein schweres mit Wolkenbruch und Hagelschlag verbundenes Unwetter nieder.

Ein Hausbau in 12 Stunden.

In Stuttgart ist vom 4. Juni bis Oktober eine Bauausstellung, und zwar auf dem Plage bei der Gewerbehalle und im Stadtgarten. Am Tage vor der Eröffnung, in der Zeit von früh bis abends, also in etwa 12 Stunden, ein Haus fertig und fertig aufgestellt worden, und zwar aus einem von Vaurat Hengerer erfundenen neuen Baumaterial „Tekton“. Dasselbe ist derart zusammengesetzt, daß Holz nach seiner Längsrichtung in eine Masse, die ähnlich abbindet wie Beton, untrennbar fest eingebunden wird. Die daraus konstruierten Bauteile haben tragende Konstruktion und Fuß an einem Stütz, sie werden in der Fabrik getrocknet und dann im Bau zusammengestellt. So läßt sich in unglaublich rascher Zeit ein vollständig trockenes Haus aufstellen. Dem neuen Baumaterial wird große Porosität nachgerühmt, auch wird behauptet, daß es in Bezug auf Wärme und Schalleitung günstiger als Holz und Beton sei, intensive Lüftungserneuerung gestatte und eine trockene Beschaffenheit der Wände, Pilz- und Insektenfreiheit neben großer Feuerfestigkeit garantiere. Das Ausstellungshaus ist der erste Versuch zur Erbauung eines Tektonhauses. Die Kosten sind verhältnismäßig gering. Das neue Haus enthält im Erdgeschosse eine Veranda, viele mit Treppe, ein großes Wohnzimmer, ein Bibliothek- oder Herrenzimmer, ferner Küche mit Spülraum; der erste Stock zwei Schlafzimmer, ein Badezimmer mit Abort, sowie ein Küchenzimmer.

Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 9. Juni.

„Ist das wahr?“

Herr Oberbürgermeister Siegrist schreibt uns: Auf Ihren Artikel vom Freitag, 5. ds., „Ist das wahr?“ habe ich Ihnen mitzuteilen: Es ist nicht wahr, daß der Einsender von mir keine Antwort, sondern nur seine 5 Pfennig-Marke zurückerhalten hat. Mein Antwortschreiben hat er ausweislich der Akten am 26. Mai erhalten. Da aber vergessen war, die von ihm beigelegte Marke der Antwort anzuschließen, wurde sie ihm nachträglich in besonderem Couvert zugesandt. Den Dank für diese Rücksicht statte mir der „Christlich-gesinnte Einsender nun mit seinem unwahren „Eingefand“ ab. Würde es der „Volksfreund“ nicht für loyal erachten, sich über die Frage, ob solche unwahrscheinlichen Behauptungen wahr sind, vor ihrer Veröffentlichung zu verlässigen?

Jedenfalls werde ich in Zukunft auf derartige leichtfertige Anpassungen nicht mehr reagieren.

Schachthausdroll!

Siegrist, Oberbürgermeister.

Natürlich, der leichtfertige „Volksfreund“! Mit diesem Vorwurfe ist der Herr Oberbürgermeister in vorliegendem Falle sofort bei der Hand. Verdienen wir diesen Vorwurf? Nach Lage der Dinge, unter keinen Umständen! Unser Gewährsmann versicherte uns heute Morgen wieder auf dringendes Befragen, er habe einen Brief des Herrn Oberbürgermeisters nicht erhalten; was er erhalten hat, war die auf einen Fettel geklebte 5 Pfennig-Marke, die in einem Kuvert stat. Nun behaupten wir nicht, daß aus der Kanzlei des Herrn Oberbürgermeisters ein solcher Brief an den Betenten nicht etwa abgegangen sei. Das mag vollständig zutreffen. Aber unser Gewährsmann hat diesen Brief nicht erhalten. Und er ist bereit, die uns gemachte Aussage zu beschwören. Es bleibt also aufzuklären, wohin dieser Brief des Herrn Oberbürgermeisters geraten ist. Mit der Versicherung, unser Gewährsmann müsse diesen Brief erhalten haben, ist die Sache nicht abgetan. Wir sind nicht gewillt, uns der Leichtfertigkeit zeihen zu lassen, weshalb wir darauf bestehen, daß der Fall genau untersucht wird. Das einfachste Mittel scheint uns die Gegenüberstellung der beiden Beteiligten, des Stadtdieners, der angeblich den Brief abgegeben, und unseres Gewährsmannes, der den Brief nicht empfangen hat, zu sein.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Zu dem Vortrage über „Heimarbeit“ hatte sich am Dienstag im Arbeiter-Diskussionsklub trotz der großen Hitze ein zahlreiches Publikum eingefunden; unter den Anwesenden bemerkte man auch hervorragende Sachkenner auf dem zur Debatte stehenden Gebiet, wie Herrn Oberregierungsrat Dr. Wittmann. Das erste Referat hatte Herr Fabrikinspektor Dr. Ing. Nitzmann übernommen. In äußerst klarer Weise behandelte er, nachdem er die Begriffe Heimarbeit und Hausindustrie erläutert und einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Verlagsystems zur Manufaktur gegeben hatte, hauptsächlich die Frage, warum gibt es, warum muß es Hausindustrie geben. Die Antwort ist eine doppelte: der Unternehmer nimmt die Hausindustrie in Anspruch, weil sie für ihn billiger ist als die Fabrikarbeit, bei der der Arbeitgeber den Arbeitsraum, Heizung, Beleuchtung usw. bezahlen muß; vor allem aber hat der Unternehmer bei der Hausindustrie den Vorteil, daß er seinen Betrieb der Konjunktur anpassen kann und daß die Löhne der Heimarbeiter sehr niedrig sind. Der Heimarbeiter andererseits hat vor dem Fabrikarbeiter den Vorteil, daß er ungebunden ist, daß er arbeiten kann, wenn er will, und daß er die Zeit für den Weg zur Fabrik spart. Aber nur in Ausnahmefällen wählt der Arbeiter freiwillig die Heimarbeit. In der Regel sind die Heimarbeiter heute, die in der Fabrik keine Arbeit finden, oder die Heimarbeit als Nebenarbeit betreiben, weil ihr eigentlicher (meist ist es der landwirtschaftliche) Beruf ihnen nur eine zu geringe Einnahme gewährt; dazu kommen noch die zahlreichen Frauen und Mädchen aller Stände in den Großstädten, die mit der Nadel arbeiten, teils, um damit ihren Nebenunterhalt zu verdienen, teils, um sich ein Taschengeld zu erwerben. Solange es aber Leute gibt, die keine Möglichkeit haben, außerhalb des Hauses Geld zu verdienen, aber auf diesen Verdienst, wenn auch nur als Nebeneinkommen, angewiesen sind, solange wird es Hausindustrie geben. — Die Lösung der Heimarbeitsfrage kann nur schrittweise vorwärts kommen; diese Frage hängt innig mit der Wohnungsfrage zusammen; gänzlich verbieten kann man die Hausindustrie unmöglich, aber sie ließe sich einschränken; bessere Verbindungen von Stadt und Land, Desentralisation der Ansiedlungen, Zentralwerkstätten u. a. m. seien geeignete Mittel hierfür; notwendig ist aber zur Lösung der Frage die Mitarbeit der Arbeiter selbst, die sich zu diesem Zweck organisieren sollten. — Reichr. Weisfall war der äußere Dank für diese gehaltenen Darlegungen.

Darauf begann Herr Schneider Adolf Domsch als zweites Referat mit seiner Schilderung der Frankfurter Heimarbeitsausstellung, die er im Auftrag des Arbeiterdiskussionsklubs besucht hat. Er bemängelte an den Ausstellungsobjekten, daß sie meist nur die Angaben der Unternehmer, nicht aber auch die der Arbeiter enthielten. Hierdurch befäme der Besucher ein falsches Bild von den Löhnen der Heimarbeiter. Trotzdem sei die Ausstellung eine Ausstellung der bittersten Not: Löhne von 20 Pf. oder gar nur 10 Pf. pro Stunde würden zahlreiche Heimarbeiter erhalten und dabei oft nur während 8 Monaten im Jahre Arbeit finden. Es seien auf der Ausstellung 50 verschiedene Berufe vertreten; fast alle seien nach den Angaben der Aussteller schlecht bezahlt. Selbst Arbeiter, die große künstlerische Fertigkeit besäßen, erhalten nur ungenügende Löhne. Am Schluß der Ausführungen schilderte der Redner durch eigene Erfahrung zwei Bilder: eins aus der ärmeren Welt der schaffenden Arbeiter und eins aus dem Glend der Herren- und Anwesenkonfektionsarbeiter. Seine Schilderungen machten einen tiefen Eindruck und verrieten eine große Beobachtungsgabe und schriftstellerische Fähigkeit. Auch das zweite Referat fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion wurde vor allem die Frage besprochen, ob die Lohnangaben der Frankfurter Ausstellung auch für die badischen Verhältnisse gelten. Zwei Konfektionsarbeiter, besonders Herr Wolf, Vorsitzender des Schneiderverbandes, der auch die Ausstellung in Frankfurt besucht hat, halten die Angaben der Aussteller für „nach oben verschönt“; die Zustände in Baden seien nicht besser als in der Main-Rheingegend. — Von hohem Wert waren die gegebenen Ausführungen des Herrn Oberregierungsrat Dr. Wittmann, der darauf hinwies, wie schwer es sei, einwandfrei Stundenlöhne festzustellen; er betonte, daß man nicht ohne weiteres die Angaben der Frankfurter Ausstellung mit den Ergebnissen seiner Feststellungen über die Löhne der badischen Hausindustrie vergleichen könne, ehe man nicht weiß, ob die Untersuchungsmethoden die gleichen gewesen sind; von den 80 verschiedenen Orten der badischen Hausindustrie seien 25 in Frankfurt vertreten; im allgemeinen haben bei diesen die Angaben in Frankfurt mit den badischen Ergebnissen übereinstimmend.

Nach den mit größtem Interesse aufgenommenen Ausführungen dieses Diskussionsredners war es mittlerweile 1/2 12 Uhr geworden, so daß der Vorsitzende gemäß der Geschäftsordnung die Sitzung schließen mußte. Es wird jedoch beabsichtigt, noch einen besonderen Diskussionsabend zur Fortsetzung der Debatte zu veranstalten.

Tapezierer.

Zwischen den Vertretern der hiesigen Tapeziererinnung, der Vereinigung der Möbelbranche von Karlsruhe, sowie des Verbandes deutscher Tapezierer, Filiale Karlsruhe, andererseits, wurde eine Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tapeziererhilfen zu Karlsruhe abgeschlossen; diese Vereinbarung kann auf der Gerichtsreiberei eingesehen werden.

West-Kinematograph, Kaiserstraße 133. Das neue, außerordentlich reichhaltige, unterhaltende, dabei durchaus bezogene Programm vom 4.—10. ds. Mts. bringt, wie stets, eine Fülle höchst interessanter Vorführungen. „Georgaserte an der bretonischen Küste“ zeigt uns die Gewinnung von Algen und Tangen, die von der Erandung an die Küste getrieben werden und aus deren Asche das für Wissenschaft und Technik so wichtige Jod hergestellt wird. „Leben an Bord eines Passagierdampfers im indischen Ozean“ führt uns das Leben und Treiben auf einem dieser modernen schwimmenden Hotels vor. „Zwei listige Chausseure“, sportlich ebenso interessant wie humoristisch, das urkomische Bild „Nächtlicher Einbruch“, zwei singende Bilder, „Anfichten von Venedig“ und der schön kolorierte Film „Moderne Bildhauer“ vervollständigen das Programm.

\* Ueberfahren und tödlich verletzt. Am Pfingstsonntag, nachmittags, hielt sich der 6 Jahre alte Karl Friedrich Braun, Sohn des Schreiners Braun, vor seiner elterlichen Wohnung, Schützenstraße 22, mit noch anderen Kindern auf dem Gehwege auf. In dem Augenblick als eine mit 3 Fahrgästen besetzte Droschke vor-

überfuhr, ging er rückwärts, fiel über den Bordstein rücklings zu Boden, kam zwischen Pferd und Räder zu liegen, so daß beide Räder über Hals und Brust hinweggingen, bevor die Droschke zum Stehen gebracht werden konnte. Der Knabe wurde dabei so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb. Nach den Aussagen mehrerer Augenzeugen liegt ein Verschulden an den Seiten des Autofähers nicht vor.

\* Ertrabt. Zwei Schloffer, 17 und 20 Jahre alt, aus Siedel, die hier in Stellung waren und sich auf die Pfingstfeiertage verabschieden wollten, machten einen falschen Schlüssel, stahlen eine Arbeiterin aus verschlossenem Magazin mehrmals Feuerlöschstempel und um dasselbe besser abgeben zu können, fertigten sie noch ein Schriftstück an, wonach einer der Vurischen von seinem Vater beauftragt sei, das Kupfer zu verkaufen. Der heir. Uthändler traute aber dennoch der Sache nicht, verständigte die Polizei, welche die Täter festnahm und sie ins Gefängnis lieferte.

\* Einbruch. Am Pfingstsonntag Nachmittag wurde bei einer Gemüshändlerin in der Kaiserstraße, während sie mit ihren Kindern auf dem Friedhofe war, eingebrochen, aus der Tageskasse etwa 15 M. und aus einer Kommode eine ältere silberne Herren-Nem-Uhr, ohne Glas, gestohlen. Bei dieser Uhr lag noch ein älteres Kuvert mit 2 Einhundert-Marksgeldern, die dem Dieb entgingen.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 9. Juni. A. 68. 2 x 2 = 5. Satienspiel in 4 Akten von Gustav Bied. Anfang 7/8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Donnerstag, 11. Juni. B 68. „Die Fledermaus“. Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Anf. 7/8, Ende 1/2 11 Uhr.

Freitag, 12. Juni. C 68. „Der Walfänger“, eine amerikanische Komödie in 3 Akten von Carl Nöcker und Rudolph Keller. Anfang 7/8 Uhr, Ende nach 1/2 10 Uhr.

Bereine und Versammlungen.

Karlsruhe, 1. Juni. Mit einem zur einen Hälfte aus Verfolgten und zur anderen Hälfte aus blühendem Zeug bestehenden Artikel verknüpft ein hiesiger „Landmann“-Artiller der Lesern derselben, die Gründung des hiesigen Arbeitergesangsvereins. Verlogen ist, wenn er schreibt, daß vor einigen Wochen „man“ wieder den Versuch machte, den Turnverein der „freien Turnerschaft“ einzugliedern. In der Generalversammlung des Turnvereins, die der „Landmann“-Artiller wahrscheinlich im Auge hat, handelte es sich um ganz andere Dinge, als um die freie Turnerschaft, von dieser wurde auch nicht ein Wort gesprochen. Verlogen ist es weiter, wenn er schreibt, die Jugend soll bei uns genußsüchtig und liberal gemacht werden. Wenn er schreibt, daß jeder Sonntag hierfür eine weise liefert, so meint er jedenfalls die hier wie anderwärts leider bestehenden Trinksitten. Diese Trinksitten werden aber auch in katholischen Vereinen kultiviert und wird gerade in sozialistischen Jugendvereinen mehr gegen Alkoholismus gearbeitet, als in jenen. So wird uns soeben aus Ettlingen ein recht netter Beitrag zur Illustrierung der Jugendberziehung in den katholischen Junglingsvereinen übermittelt. Der dortige geistliche Präses veruchte, einen jungen Mann zum Eintritt in den Junglingsverein zu bewegen, mit dem Hinweis, er möge doch kommen, es gäbe Freibier. Auch existieren in dortigen katholischen Junglingsvereinen Spielkarten, deren Herz-As den Stempel des Vereins trägt. Es wird dem Artikel schwerer schwer fallen, auch nur eine sozialdemokratische Organisation zu nennen, welche ihre Jugend mit Freibier und Spielarten „erzieht“.

Man lese also gefälligst vor der eigenen Türe und bleibe uns mit diesen pharisäischen Sprüchen endlich einmal von Halle. Glaubt man die ja doch nicht. Eine Nebenbedeutung aber ist es, wenn man schreibt, wir fänden hier keine Dirigenten und dabei zwischen den Zeilen durchblicken läßt, als ob wir bei den hiesigen Dirigenten aus den von ihm angebotenen schlechten Eigenschaften abgeblüht wären. Denn er weiß so gut wie wir, daß beide schon Jahrzehnte hier bestehende bürgerlichen Gesangsvereine auswärtige Dirigenten haben, weil sie hier keine bekommen können. Was sonst noch im Artikel steht, ist so läppisch, um darauf zu antworten. Daß der Verein vom „Landmannen“ oder vom „Beobachter“ noch die höhere „Weihe“ erhalten würde, wußten wir. Gewundert hat es uns nur, daß das solange gedauert hat. Wahrscheinlich haben die schwarzen Oberbongen damit gerednet, daß aus der ganzen Sache nichts wird. Nun sei aber sehen, daß der Verein gegründet ist und daß er wächst und lebensfähig ist, glauben sie uns die jungen Leute abwendig machen zu können. Dabei fallen sie immer von schulentlassenen Söhnen, die sie der Obhut ihrer Eltern empfehlen, als ob in unseren Reihen nur Fortbildungsschüler und Lehrlinge zu finden wären. Wir können ihnen aber verraten, daß die Mitgliederzahl des Gesangsvereins im Bezirke ist, 100 zu überschreiten und daß derselbe, von Ausnahmen abgesehen, von lauter militärischen Männern gebildet wird. Diese Tatsachen aber allein sind es, die ihnen auf die Nerven schlagen. Denn daß zum Arbeitergesangsverein keine Zentrumskasse gehen, wissen sie, deshalb auch die Anspielung auf die Landtagswahl. Im übrigen fingen wir in den Vereinen, in denen wir wollen und was wir wollen.

Der neue Verein steht auf kräftigen Füßen und er wird sich weiter entwickeln zum Segen der gesamten Arbeiterbewegung, die hier wie anderwärts mit mathematischer Sicherheit ihrem geordneten Ziele zueilt, auch wenn sich noch so viele Walmichel mit ihrem albernem Zeug die Finger krumm schreiben.

Letzte Post.

Eulenburg.

München, 6. Juni. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schmidt in Berlin hat das Münchener Amtsgericht um Bestimmung weiterer Zeugen in der Voruntersuchung gegen Eulenburg ersucht. Es wurden daraufhin gestern Nachmittag vor dem Amtsrichter lediglich 6 Münchener Zeugen eidlich vernommen. 5 von ihnen sollten 6 München über weitere bisher unbekannt sittliche Verfehlungen des Fürsten Eulenburg geben, während der 6. der verantwortliche Redakteur der „Münchener Freien Volkszeitung“, Stäbele, Auskunft über die Entstehungsgeschichte des Artikels geben sollte, den Harden seinerzeit unter Anklage gestellt hat. Redakteur Stäbele wurde von dem der Bestimmung beizuhörenden Vertreter des Fürsten Eulenburg, einem Angehörigen der Kanzlei des Rechtsanwalts von Pammitz in München, gefragt, ob der betreffende Artikel nicht etwa bestellte Arbeit gewesen sei, um es Harden zu ermöglichen, die ihm in Berlin abgemittelten Beweise in München zu erbringen. Stäbele verneinte die Frage unter Eid und verweigerte unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis die weiter von ihm verlangte Auskunft über die Einsender oder Verfasser des Artikels.

Berlin, 6. Juni. Die Voruntersuchung gegen den Fürsten Eulenburg ist nunmehr abgeschlossen und die Anklage ist dem Fürsten bereits zugestellt worden. Bei dieser Sachlage erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Fürst Eulenburg sich bereits Anfang Juli vor dem Schwurgericht zu verantworten haben wird.

Wien, 6. Juni. Eine ganze Reihe von Persönlichkeiten der Aristokratie und der Wiener Gesellschaft, darunter mehrere Abgeordnete, sind als Zeugen in der Affäre Eulenburg zum Wiener Landesgericht geladen, durchweg Persönlichkeiten, von welchen man weiß oder von welchen man behauptet, daß diese während der Wiener Woiwodschaftszeit Eulenburgs von 1896 bis 1902 in irgend welchen Beziehungen zu ihm gestanden haben.

**Vom herrlichen Kriegsheer.**

Strasbourg, 8. Juni. Die Hitze der vergangenen Woche hat in verschiedenen Truppenteilen der Reichslande Schäden angerichtet. In Strassburg selbst hat eine Kompanie, die im Badischen manövierte, beim Marsch vom Rhein her nach Strassburg Soldaten, die infolge von Hitze zusammengefallen, liegen gelassen. Vor den Toren der Stadt mußte die total erschöpfte Abteilung auf offener Straße den Marsch unterbrechen. Ähnliches wird aus der südtürkischen Garnison Saarburg gemeldet. Auch dort haben verschiedene Kompagnien durch Ueberanstrengung der Mannschaften Hitzschäden erlitten. Die reichslandische Presse beschäftigt sich lebhaft mit diesen Vorfällen, die sich im übrigen alljährlich wiederholen. In den elsässischen und lothringischen Grenzgarisonen wird, wie überall an der Grenze, ein besonders scharfer Drill betrie en, der auch an natürlichen Widerständen wie Hitze und Kälte nicht Halt macht. In dem besonderen Fall scheinen es die Vorbereitungen für die Kaisermanöver den Herren Vorgesetzten angetan zu haben. Bekanntlich wird dieses Jahr Eläß und Lothringen mit den Kaisermanövern beglückt.

**Ungarische Gewaltpolitik.**

Budapest, 8. Juni. Der für Pfingsten nach hier einberufene sozialdemokratische Arbeiterkongreß wurde behördlich verboten und die zu diesem Zweck hier eingetroffenen auswärtigen Delegierten sofort verhaftet und abgeschoben.

**Russisch.**

Petersburg, 6. Juni. Im russischen Marine-Ministerium wurde ein großer Betrag aufgedeckt. Es wurden die Sparkassengelder der in der Seeschlacht von Tschushima umgekommenen Marineoffiziere durch einen Beamten des Marineministeriums, namens Sergejew, mit Hilfe anderer Personen veruntreut. Acht Damen gebildeter Kreise erhielten auf gefälschte Briefe der umgekommenen Offiziere, die Sergejew als echt bezeichnete, viele tausend Rubel. Auch fälschte er die Unterschriften des Gehilfen des Marineministers Admiral Bojtroem. Der größte Teil der Beute wanderte in Sergejews Kasse. Schließlich wurde das Finanzministerium aufmerksam und teilte sein Mißtrauen dem Marineministerium mit. Dieses nahm anfangs keine Notiz von der Sache, schließlich aber verweigerte der Finanzminister die weitere Auszahlung der Sparkassengelder. Ganz systematisch war die Zurückerforderung der Gelder stets in Beträgen von 2000 bis 3000 Rubel gefordert worden. Als Sergejew merkte, daß seine Betrügereien entdeckt worden waren, floh er unter Mitnahme von 40 000 Rubel, einer Summe, die ein Lieferant als Handgeld für Lieferungen eingezahlt hatte. Da auch einige Vorgesetzte Sergejews in die betrügerischen Manipulationen verwickelt sind, spielten sie jene 40 000 Rubel dem Sergejew absichtlich in die Hände, um ihm die Flucht zu ermöglichen. Im ganzen sind 200 000 Rubel Sparkassengelder veruntreut. Von 15 Damen, die Sergejews Komplizen waren, und in verschiedenen Städten Rußlands wohnten, sind einstweilen drei verhaftet worden. Wie der englische König den Willen seines Volkes respektiert.

London, 8. Juni. Infolge der Einwendungen der Abgeordneten der Arbeiterpartei und eines Teiles der liberalen Presse gegen den Besuch des Königs Eduard in Rußland hat der König auf sein Vorhaben verzichtet, dem Jaren den Marschallstab der britischen Armee zu überreichen. Diesen Marschallstab besitzen bereits Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm.

**Vereinsanzeiger.**

Jahr. (Gewerkschaftsartell.) Die nächste Kartellung fällt aus. 2648 Der Vorstand.

**Wasserstand des Rheins.**

Dienstag, den 9. Juni, morgens 6 Uhr: Schutterin 8.32, gef. 8 cm, Neßl 8.63, gef. 2 cm, Magau 5.46, gef. 3 cm, Mannheim 5.05, gef. 8 cm.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

**Geschäftliches.**

Die englische Krankheit der Säuglinge bewirkt, besonders bei nicht rationeller Ernährung, sehr oft ein bedeutendes Zurückbleiben der Entwicklung der Arme und Beine im Verhältnis zu dem großen Kopfe. Durch die Ernährung mit „Kufele“ und Kuhmilch kann man die Entwicklung der Knochenbildung und des Muskelreichtums aufs günstigste beeinflussen. 2492

**En gros Julius Strauß, Karlsruhe En détail**  
Kaiserstraße 189, zwischen Herren- und Waldstraße.  
Größtes Spezialgeschäft in Besagartikeln, aller Arten Besagstoffen, Pajementieren, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Strümpfen, Kravatten, Fäçern u. c.  
Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telephon 872.  
Blusen, halbfertige Roben u. c. sehr preiswert!

**Erfinder!**  
Jeder kluge und zielbewusste Erfinder wendet sich stets an uns. 698  
**Größtes Entgegenkommen**  
für unbemittelte Erfinder. **Auskunft und Rat-schläge, eventuell Vervollkommnung kostenlos.**  
**Bayers Patent-Büros,**  
Karlsruhe, Ecke Habschstr. Freiburg, Trier, Basel.

**Todesanzeige.**  
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Frau und Mutter  
**Anna Maria Dold, geb. Behler**  
nach langem schwerem Leiden im Alter von 82 Jahren sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet heute Mittag 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.  
Trauerhaus: Amalienstr. 15.  
Um stille Teilnahme bitten. 2657  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Simon Dold und Kinder.

**Todesanzeige.**  
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag Abend unser lieber Sohn  
**Friedrich**  
im Alter von 6 1/2 Jahren infolge eines Unglücks ver-schieden ist.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, 10. Juni, morgens 1/2 10 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.  
Trauerhaus: Schützenstraße 22, IV.  
Um stille Teilnahme bitten. 2658  
**Die trauernden Eltern und Geschwister:**  
Friedrich Braun, Schreiner.

**Kaufhaus Max Bondy**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 46 zwischen Adler- u. Kronenstr.  
**Während der Messe gewähre ich auf**

|                     |                   |                        |
|---------------------|-------------------|------------------------|
| <b>Emaile</b>       | <b>Porzellan</b>  | <b>Triumphstühle</b>   |
| <b>Blechwaren</b>   | <b>Steingut</b>   | <b>Bürstenwaren</b>    |
| <b>Zinkwaren</b>    | <b>Bestecks</b>   | <b>Calanferie- und</b> |
| <b>Holzwaren</b>    | <b>Korbwaren</b>  | <b>Spielwaren</b>      |
| <b>Bügelbretter</b> | <b>Feldstühle</b> | <b>Spiegel</b>         |

**10 Proz. Rabatt.**

**Ohne Geld**



Bügeleisen und andere anerkannt wertvolle Gegenstände bei Benützung von **Flammers Seife** nur eingewickelt **Flammers Seifenpulver** als die besten für Wäsche u. Haus millionenfach erprobt.

**Stenographie-Kurs.**  
Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey beginnt Freitag, den 12. Juni, aben 8 halb 9 Uhr, in seinem Unterrichtslokal, Markgrafstraße Nr. 41, II. unter Leitung eines erprobten Stenographielehrers einen **Stenographie-Kurs für Anfänger.**  
Diejenigen Damen und Herren, die sich an diesem Kurse zu beteiligen wünschen, möchten sich zur bestimmten Zeit im Unterrichtslokal einfinden.  
Honorar 9 Mark.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Karlsruhe.  
Mittwoch, den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Fortuna“, Ede Wald- und Blumenstraße:  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen der Generalversammlung in Stettin. 2654  
Die Ortsverwaltung.

**Ceres-Nudeln**  
Soeben frisch eingetroffen. Preiswürdigste, schmackhafte, Hausmacher Eiernudeln der Gegenwart. 2645  
Luise Walter, Karlsruhe.

**Darlach.**  
Tüchtige gewandte Zeitungsträgerin per 1. Juli gesucht. Bewerberinnen wollen sich melden bei F. Flohr, Friedrichstr. 5.

**Soziald. Partei Freiburg.**  
Mittwoch den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Löwenkeller  
**Öeffentliche Wähler-Versammlung**  
zur Stadtverordnetenwahl.  
Tagesordnung: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung.  
Referent: Stadtrat Peirotos aus Strassburg.  
Zu dieser Versammlung ist jedermann, insbesondere die Arbeiterschaft höflichst eingeladen. 2647  
**Der Einberfner.**

**Zu verkaufen**  
umzugs halber sofort sehr billig 2 Vertikalen mit Röhren, stücker-tisch, Herd und eine sehr gut erhaltene Nähmaschine.  
Schützenstraße 90, 3. St.  
Saubere einfache Bettstelle, Koffi, Stein, Hochhaarmatratze, gutes Federbett, zu 40 Mk. neuer Schrank Nr. 12, roter fast neuer Nippstivan Nr. 23, Uhlandstr. 22.  
**Kinderkleider** werden bill. angefertigt, 5. Fröschl, Klauerechstr. 20, Stb. 2.  
**1 Pferd 3 Kalbinnen**  
und diverse kleinere Gewinne, kamen aus der Offenburger Lotterie an meine werke Kund-schaft, die ich sofort auszahle oder um gegen Neustinger à 3 Mk., 10 St. 28 Mk. — Pfälzer u. Anielinger à 1 Mk. 11 St. 10 Mk. Ferner empfehle alle sonst staatl. ge-nehmigten Brämlerlöse, Effette u. c.  
**Carl Götz**  
Karlsruhe, Gebeistr. 11/15 beim Rathaus. 2651

Während der Messe

# Besonders billige Preise.

## Wäsche

**Untertailen** aus gutem Stoff mit Bogenstückeri 88 Pf.  
**Untertailen** m. br. Stückeri Borderteilen 1.45  
 und Äpfelstücken  
**Damenhemden** Achselchluss m. Spitze 1.28  
**Damenhemden** la Stoff m. str. Spitz. 2.85  
**Damenhosen** a. gut. Stoff mit Spitze 98 Pf.  
**Damenhosen** m. Stückeri und Einlag extra 1.48  
**Stückeri-Röcke** weilt, m. breiter Stückeri 2.95

## Trikofagen

**Maccohemden** Schulter- od. Vorder- schluß 2.40, 1.95, m. farb. Einlag in 1.75  
**Maccohemden** allen Größen 2.40  
**Röse Hemden** angen Trag. 2.65  
**Maccohosen** 1.85, 1.30, 1.10  
**Herren-Mehjacken** 95, 42 Pf.  
**Herren-Macrojacken** 1.10, 1.85, 1.45

## Sport-Hemden

für Herren und Hemden Größte Auswahl Enorm billig

## Gürtel

**Damen-Fantasiagürtel** 95 Pf.  
**Kinder-Lackgürtel** schw. u. farb. 18 Pf.  
**Kinder-Ledergürtel** schwarz und farb. 38 Pf.  
**Knaben-Sportgürtel** Gummi 48 Pf.

## Modewaren

**Stickertrikotagen** f. Kinder 38 Pf.  
**Stickertrikotagen** 2.00 bis 95 Pf.  
**Rokvollsants** schw. Satin 2 1/2, m weit 1.58  
**Rokvollsants** Alpaca, all. Farben 2 1/2, m weit 1.75

## Waschstoffe

Wollmouffeline, Satin, Zephyr, imit. Feinen, imit. Wollmouffeline  
 Serie 1 2 3 4 5 6  
 Meter 32 42 55 65 95 Pf. 1.20

## Schürzenstoffe

ca. 120 cm breit 62 Pf.  
 Meter 89, 62 Pf.  
 ca. 80 cm breit 42 Pf.  
 Meter 62, 42 Pf.

## Bettkattun

ca. 130 cm br. 85 Pf.  
 Meter 95, 85 Pf.  
 ca. 80 cm br. 48 Pf.  
 br. Mt. 58 48 Pf.

## Möbelkattun

ca. 110 bis 120 cm breit, wascheste Qualitäten Meter 1.70, 95 Pf.  
 1.30, 95 Pf.  
 ca. 82 cm breit, glatt, rot und rosa gestreift Meter 1.40, 75 Pf.  
 1.10, 75 Pf.

## Bettbarchend

ca. 130 cm breit, Meter 1.75, 1.25  
 nur erprobt. Ia. Qualitäten, Meter 55, 48, 42, 36 Pf.

## Herren-Artikel

**Herren-Oberhemden**, farb. mit Manchetten, schöne Farb. 2.25  
 Stück 5.75 bis  
**Herren-Oberhemden**, weiß glatt 2.70  
 od. r. gest. Stück 5.50 bis

## Serviteurs

glatt, gest. u. m. Falten St. 25 Pf.  
 von 1.20 bis

## Garnituren

Serviteur und Manchetten, farb. Garnitur 1.95, 1.75, 1.45, 85 Pf.  
 1.25, 85 Pf.

## Hosenträger

in enormer Auswahl, Paar 48 Pf.  
 von 3.50 bis

## Herren-Gravatten

alle Fassons, stets das Neueste.

## Handschuhe

**Lange Halbhandschuhe** weiß, durchbr., Paar 75, 62, 42 Pf.  
**Lange Halbhandschuhe** u. farb. Paar 90, 75, 55 Pf.  
**Kurze Halbhandschuhe** schwarz, weiß u. farb. Paar 40, 22 Pf.

## Schuhwaren, bewährte Fabrikate

### Segelung-Halbshuhe

Größe 23-36 27-30 31-35  
 Paar 98 g 1.15 1.35

### Kinder-Sandalen, alle Farben

Loppe und Brandsohle  
 Größe 23-26 27-30 31-35  
 Paar 2.60 2.95 3.65

### Harburger Turnschuhe

Größe 23-26 27-29 30-35  
 Paar 1.25 1.45 1.75

### Damen-Spangenschuhe

schwarz und gelb Paar 2.75

## Konfektion

**Knaben-Blusen** St. 1.10 85 Pf.  
**Knaben-Anzüge** 3.25, 1.95  
**Kinder-Kleidchen** 1.60 85 Pf.  
**Damen-Blusen** weiß, Stück 2.75, 2.45, 1.90

### Damen-Blusen farbige

Stück 2.50, 1.95, 1.35  
**Sport-Röcke** 7.50, 4.25  
**Unterröcke** Leinen imit. u. Cöper 2.95, 2.35, 1.95

## Sonnenschirme

in größter Auswahl Stück von 1.45

### Gelegenheitskauf!

Breite Seidenbänder in modernen Streifen Nr. 48 Pf.  
 in Chiné 98 Pf.

## Putz

**Damen-Matlothe** 98 Pf.  
 Stück 2.50, 1.95, 1.35  
**Kinder-Matrosenhüte** 72 Pf.  
 Stück 98, 85  
**Knabenmatlothe** 32 Pf.  
 Stück 95, 68, 55

## Korsetten

aus guten Stoffen u. vorzüglic. Verarbeitung St. 2.25, 1.90, 1.65, 1.35

## Ein Posten breite Tüll- u. Spatelspitzen Wert bis 1.00 jetzt Meter 18 g

# Herm. Schmoller & Cie.

## Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Sonntag den 14. Juni, nachmittags 3 Uhr beginnend, im „Röhlen Krug“

# Grosses Gartenfest

unter Mitwirkung der Gewerkschaftskapelle und des Gesangsvereins Cassalia.

Vokal- und Instrumentalkonzert, Volks- und Jugendbelustigungen.

## Ball.

Eintritt pro erwachsene Person 20 Pfg.

Kein Glückshafen!

Gausieren verboten!

Wir laden die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Stadt Karlsruhe zu diesem Arbeiterfeste freundlichst ein.

Die Kommission.



## Karlsruhe Kaiserstraße 133

zwischen Marktplatz u. Kreuzstr.

Preise der Plätze: 80, 50 und 30 Pfg.

Abonnenten, Vereine, Kinder u. Militär Ermäßigungen.

Jeden Donnerstag neues Programm.

Vorverkauf bei:

Goschw. Knopf, Kaiserstr. 147, Ad. Stauffert, Kaiserstr. 113, C. Hotter, Karl-Friedrichstr. 32.

En gros Schneider-Artikel en détail

Beste und billigste Bezugsquelle

für sämtliche Schneider-Bedarfsartikel und Bügelstufen

Karlsruhe Peter Mees Herrenstr. 42

Verfand auch nach auswärtig Posten Phantasie-Westen billig.

## Als Zusatz zum Programm

vom 9. bis inkl. 14. Juni (ohne Preiserhöhung).

## Das Eisenbahn-Unglück

in 2644

Contich, Belgien

(am 21. Mai 1908).

Der Expresszug Antwerpen-Brüssel fährt auf einen in Contich haltenden Personenzug.

Aufnahme 25 Minuten nach dem Zusammenstoß.

## Ruckfläcke

für Kinder von 70 Pfg. an

für Erwachsene von 1.50 Mk. an

sowie sämtliche Reifeartikel und Lederartikel empfiehlt

Mag Oswald, Schützenstr. 42.

## An- und Verkauf

fortwährend getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen.

Frau Bertha Strecktuss, Brunnenstraße 7, nächst der Durlacherstraße.

## Schöne 2 Zimmer-Wohnung

mit Kochgas- und Wasserleitung im Hinterhaus per 1. Juli zu vermieten.

Näpperrstr. 20, Bureau im Hof.

## Guten Mittagstisch

von 40 Pf. an empfiehlt

2445 H. Baumer

zum „Prinz Heinrich“

Kurvenstraße 19.

## Damen- u. Kinderkleider

werden billigst angefertigt

Werderplatz 34, 4. St.

# Strohöhüte

neueste Formen für Herren u. Knaben = in größter Auswahl = bei billigsten Preisen =

Theod. Zenker Gewerkschaftshutmacher Kaiserstr. 65 (gegenüber dem Polytechnikum)